

24. September
7/ 2020
www.landtag-mv.de



+++ Landtag steht hinter Nord Stream 2 +++ Wie geht es weiter mit den Werften? +++ Leere Betten im Schullandheim
+++ Nur noch 220 Fischereibetriebe +++ Nein zu 13 Euro Mindestlohn +++ „Vision 2030“ für die Ostsee +++ Landes-
kurzarbeitergeld abgelehnt +++ Historisches mit vier Reißzwecken +++



Titelfoto: Landtag MV

3	Gastkommentar	Michael Seidel: „Warnung vor einer Bananenrepublik“
4-23	AUS DEM PLENUM	
4	Aktuelle Stunde	Mecklenburg-Vorpommern in Zeiten der Pandemie - Erreichtes und Herausforderungen (auf Antrag der CDU-Fraktion)
5-11	Auszüge aus der Original-Debatte	Torsten Renz (CDU), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Horst Förster (AfD), Thomas Krüger (SPD), Torsten Koplín (DIE LINKE)
12-21	Berichte	Landtag steht hinter Nord Stream 2 Polizeiarbeit wertschätzen Kein Taser im Streifendienst Wie geht es weiter mit den Werften? Film ab! Leere Betten im Schullandheim
22-23	Meldungen	Nur noch 220 Fischereibetriebe Erleichterungen für klamme Kommunen Mehr als 50 neue Aufgaben Nein zu 13 Euro Mindestlohn Kein zusätzlicher Förderbericht Landeskurzarbeitergeld abgelehnt
24	Gesetzgebung	Laufende und abgeschlossene Gesetzgebung
25-30	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Kritischer Vortrag – Enquete Kommission Medizinische Versorgung „Vision 2030“ für die Ostsee – virtuelle Ostseeparlamentarierkonferenz Frist verlängert – Umweltpreis 2021 Schlössertour – Informationsbesuche des Finanzausschusses Fährverbindungen – Expertengespräch im Energieausschuss Filmabend im Schlossinnenhof
31-35	PANORAMA	aufgeSCHLOSSen – Ein bunter Sommer im Schlossinnenhof
32-33	Das Schloss vor 30 Jahren	Historisches mit vier Reißzwecken – Dr. Irmela Grempler war 1990 am Aufbau des Landtages beteiligt
36	Chronik	

IMPRESSUM
 Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
 Anna-Maria Leistner

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen haben wir bei der Bezeichnung von Menschengruppen manchmal nur die männliche Form verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder.
 Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.
 Redaktionsschluss 4. September 2020

Warnung vor einer Bananenrepublik



Foto: Ecki Raff

Michael Seidel ist Chefredakteur der Schweriner Volkszeitung, der Norddeutschen Neuesten Nachrichten und Der Prignitzer.

■ Umstritten war Nord Stream 2 von Anbeginn. Doch Mecklenburg-Vorpommern hatte das Projekt immer unterstützt. Und es wurde unter Beachtung aller berechtigten Bedenken durch alle deutschen und internationalen Instanzen genehmigt.

Ein zweites Argument ist die Sorge um das Gas-Transitland Ukraine. Abgesehen von dem Widerspruch in sich – auch die Ukraine transportiert schließlich nur russisches Gas – taugt das Argument nicht. Denn die zwischen Westorientierung und Russlandtreue zerrissene Uk-

dem Mauerfall entgegenbrachte. Und schließlich kann man das aktuelle Ringen um Nord Stream 2 auch unter diesem Aspekt betrachten: Mecklenburg-Vorpommern darf es sich nicht bieten lassen, dass eine seiner wenigen Chancen von außen torpediert wird, mit der Anlandestation in Greifswald-Lubmin einen eigenständigen industriellen Kern für Jahrzehnte zu gewinnen.

„Gesetztes Recht muss gelten und einklagbar sein.“

Zu Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung gehört das Kriterium Verlässlichkeit: Gesetztes Recht muss gelten und einklagbar sein. Das gilt auch für geschlossene Verträge. Genau das versuchte die sogenannte westliche Welt den EU-Beitrittskandidaten Anfang der 2000-er Jahre nahezubringen. Und seit Jahrzehnten versucht sie diese Prinzipien in der Entwicklungspolitik Schwellen- oder Entwicklungsländern „beizubringen“.

Doch ausgerechnet im eigenen Wirkungskreis soll jetzt aus geopolitischem Kalkül heraus eine internationale Mammut-Investition durch massiven politischen Druck kurz vor der Fertigstellung torpediert, sollen Verträge also gebrochen werden. Bedenklich waren schon die mit der neuen EU-Gasrichtlinie nachträglich geänderten Rechtsnormen. Als ein Argument wird angeführt, Deutschland und Europa machten sich zu abhängig von Russland. Albern, weil die USA gegenüber saudischen Ölscheichs offenbar keinerlei Skrupel haben.

raine ist kein bemitleidenswertes Land, sondern hat sich in der Vergangenheit mehrfach selbst als Unsicherheitsfaktor für die westeuropäische Gasversorgung erwiesen: Weil sie ihr Pipelinesystem vertragswidrig nicht in Schuss hielt, immer wieder illegal Gas abzweigete oder die Durchleitung blockierte. Seit Anfang dieses Jahres ist übrigens die Verlängerung der Transit-Verträge mit Russland besiegelt. Auch diese Verträge sollen ja gelten. Wenn also Europa nicht zur Bananenrepublik verkommen will, muss das Projekt vollendet werden – ungeachtet US-amerikanischer Interessen und berechtigter europäischer Gelüste, dem autokratisch mit seinen Oppositionellen umspringenden Russland politische Daumenschrauben anzulegen. Hier kommt ein zweiter Aspekt ins Spiel: Womöglich waren Bedenken gegen die Pipeline bei der Genehmigung 2018 auch deshalb zurückgestellt worden, weil die EU über das von westeuropäischen Energiekonzernen finanzierte Projekt ein wenig Wiedergutmachung betreiben wollte für all die Arroganz und Ignoranz, die der Westen dem zerfallenden Sowjetreich nach

Die Einhelligkeit, mit der das Parlament Ende August die US-amerikanische Einmischung in innere Angelegenheiten zurückwies, bezeugte einen lokalpatriotischen Schulterschluss – wenn auch mit unterschiedlichen Intentionen. Doch die Landespolitiker sollten sich vor billigem Antiamerikanismus hüten, denn erstens sind Trumpisten nicht „die USA“ und zweitens hatte schon die Obama-Administration scharf gegen Nord Stream 2 geschossen.

Daneben gibt es jedoch durchaus legitime Kritik am Pipelineprojekt. Wenn diese Kritiker, unter anderen die deutschen und europäischen Grünen, nun Morgenluft wittern, ihre seinerzeit unterlegenen Argumente im Zuge der aktuellen Situation doch noch durchzubringen, könnte das zu einem Milliardengrab führen. Dieses Desaster wäre Wasser auf Putins Mühlen: Der aus seiner Sicht dekadente Westen hätte sich selbst desavouiert. Und innenpolitisch könnte Putin wohl den Großteil der Russen nochmals um sein Herrschaftssystem scharen. Das wäre ein Pyrrhussieg für Pipelinekritiker.

Michael Seidel



Foto: Uwe Sinnecker

Folgen der Pandemie

Die Aktuelle Stunde – eine kontroverse Diskussion über den Weg durch die Krise

■ **Corona.** Die Pandemie ist das Thema des Jahres. Das zeigt sich auch in der politischen Auseinandersetzung. Zum Beispiel an den Eröffnungsdebatten der zurückliegenden Sitzungswochen: Eine Aktuelle Stunde dazu im März. Eine Regierungserklärung im Mai. Eine Aktuelle Stunde im Juni. Und auch im August, der ersten Sitzung nach der Sommerpause, stand das Thema auf der Tagesordnung ganz oben. Den Schwerpunkt zu bestimmen, oblag turnusgemäß der CDU. Sie betrachtete die Lage in MV unter den Stichworten „Erreichtes und Herausforderungen“. Eine kontroverse Debatte über Schutzmaßnahmen und Finanzhilfen, Schulbeginn und Digitalisierung. Neuverschuldung und Geduld.

Shutdown oder Lockerung? Im Rückblick betrachtet, fällt es **Torsten Renz** (CDU-Fraktionsvorsitzender) leicht, zu sagen was die größere Herausforderung ist: „Lockerungen auf den Weg zu bringen, ist ein viel, viel schwierigerer Weg.“ Dazu werde es auch nötig sein, mehr Geld als bisher in die Hand zu nehmen. Allein für die Kommunen gehe er von einem dreistelligen Millionenbetrag aus.

Die Wirtschaft brauche ebenfalls mehr Unterstützung. „Es muss einen weiteren Nachtragshaushalt geben.“ Der werde nicht ohne Neuverschuldung auskommen. Eine der größten Baustellen bleibe die Digitalisierung. Schulen seien nach wie vor nur unzureichend auf E-Learning vorbereitet. Dem SPD-geführten Bildungsministerium warf er vor, das Thema verschlafen zu haben.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** warb um Vertrauen in die Regierungsrarbeit. Die vergangenen Wochen und Monate hätten gezeigt, dass die getroffenen Schutzmaßnahmen wirkten. „Seit Beginn der Krise haben wir die niedrigsten Infektionszahlen in ganz Deutschland.“ Das sei insbesondere denen zu verdanken, die sich an die Regeln hielten. „Niemand hat sich die Konzepte ohne Not ausgedacht. Sie sind notwendig und bleiben es auch.“ Noch sei die Pandemie nicht vorüber. Der Wirtschaft stellte sie ein Winter-Wirtschaftsprogramm in Aussicht. „Unser Hauptziel ist, das Land weiter gut und sicher durch die Krise zu führen.“

Horst Förster (AfD) hielt der Regierung vor, an vielen Stellen überzogen gehandelt und Folgeschäden nicht abgewogen zu haben. Nicht Risikogruppen zu schützen, sondern die Gesamtbevölkerung in Haftung zu nehmen, sei ein Kardinalfehler gewesen. „Wir leben inzwischen in einer Alltagsysterie.“ Diese sei geprägt von Einschüchterung und Desinformation. Ihm fehle eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme. Die werde es seiner Meinung nach aber nicht geben. Die

Regierung brauche Corona inzwischen. „Was wäre denn, wenn herauskäme, dass das alles nicht notwendig war? Das wäre verhängnisvoll für Ihre Situation!“

Thomas Krüger, Fraktionschef der SPD, stellte den Schulstart in den Mittelpunkt. Dieser habe gut funktioniert. „In den allermeisten Schulen konnte trotz erschwelter Bedingungen in fast allen Fächern jeden Tag ganz normaler Unterricht stattfinden.“ Was dabei nicht helfe, seien die permanenten Versuche der Linken, Eltern und Schüler mit täglicher Panikmache über fehlende Lehrer oder gefährdete Abschlüsse zu verunsichern. Der Kritik des Koalitionspartners entgegnete er: „Voraussetzung für die Digitalisierung ist der Breitbandausbau.“ Und für den sei über Jahre ein CDU-geführtes Ministerium verantwortlich gewesen.

Holger Arppe (fraktionslos) warf Land und Bund vor, die Gesellschaft mit ihrer Corona-Politik zu spalten, sich jeder kritischen Auseinandersetzung zu verweigern und die Krise damit immer mehr zu verstetigen.

Torsten Koplín (DIE LINKE) forderte klare Antworten darauf, wer am Ende für die Neuverschuldung zahlen werde. Seine Befürchtung: Geringverdiener und Familien. Seine Forderung: eine Reichenabgabe. Bei den Sofortprogrammen mahnte er mehr Tempo an. Es könne nicht sein, dass Betroffene monatelang auf Bescheide warten. Er appellierte daran, die Ursache für die Pandemie nicht zu vernachlässigen. „Sie liegt in der Ökologie.“

Torsten Renz, CDU:

„Präsenzunterricht, begleitet durch Digitalunterricht, das ist die Herausforderung der Zukunft.“

Foto: Uwe Sinnecker



Zielstellung unserer Fraktion, der CDU-Fraktion ist es in diesem Lande, unser Land Mecklenburg-Vorpommern sicher durch die Krise zu führen.

[...] Aber was wir wissen, ist, dass es relativ leicht war, den Ausnahmezustand auszurufen, aber jetzt entsprechend Lockerungen auf den Weg zu bringen, ist ein viel, viel schwieriger Weg und eine viel größere Herausforderung. [...]

Ich persönlich stelle fest, dass immer noch eine sehr, sehr große Mehrheit in unserem Land die Maßnahmen zum Infektionsschutz, so, wie wir es vollziehen, mitträgt, und ich glaube, es ist auch richtig, weil mit Blick auf andere Staaten können wir viele andere Situationen zur Kenntnis nehmen, die wir hier alle nicht wollen. Aber trotzdem sage ich für die CDU-Fraktion, es kommt auf die Verhältnismäßigkeit an. Und insofern schließe ich mich da der Meinung oder dem Zitat, das Sie ja auch kennen, dieses Wortspiel des Ministerpräsidenten aus Sachsen, an, wir müssen in dieser konkreten Situation, wenn es auch um Verhältnismäßigkeit geht, nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen. Wir müssen aber, und das nehme ich wahr, die Perspektive, die Zukunft diskutieren, und zwar mit den Menschen, denen wir das erklären müssen, und wir müssen sie immer wieder mitnehmen und unsere Lösungen entsprechend gut begründen. Und deswegen will ich den Schwerpunkt ab jetzt auf die Zukunft richten. [...]

Ich habe schon in letzten Reden angedeutet, dass es Themen gibt, die gelöst werden müssen, zum Beispiel die Produktion von Schutzmasken, von medizinischen Geräten. Das sind weiter Dinge, die auf der Tagesordnung stehen. Aber ich will neben der Gesundheitspolitik jetzt drei Bereiche kurz ansprechen, die aus meiner Sicht wesentlich sind, wo wir uns entsprechend dann auch hier als Landtag einbringen müssen:

Erster Punkt ist das Thema Finanzen. Klar ist für uns, es muss, es wird einen weiteren Nachtragshaushalt geben, und klar ist für uns auch der zweite Punkt in diesem Zusammenhang, dass dieser Nachtragshaushalt in der zweiten Jahreshälfte dann mit einer Neuverschuldung verbunden sein wird. In welcher Höhe, da werden wir natürlich davon abhängig sein, was die Steuerschätzung und die finanzielle Situation, wie sie sich zurzeit darstellt, wo wir natürlich auch auf Zusammenarbeit aus dem Finanzministerium angewiesen sind. Diese Dinge im Detail müssen wir dann diskutieren. Aber Fakt ist für uns auch als CDU-Landtagsfraktion, dass wir verbindliche Tilgungspläne da vereinbaren und das Thema Tilgen nicht irgendein Thema ist, sondern ein Hauptaugenmerk entsprechend auch bei unserer Finanzpolitik, bei unserer Ausrichtung sein wird.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU)

Und in diesem Zusammenhang ist es für uns ganz wichtig, dass wir, wenn wir diese Thematik Schuldenaufnahme betrachten, die Hauptverlierer dieser Pandemie auf alle Fälle im Blick haben sollten, und das sind aus meiner Sicht im Moment die Familien mit Kindern. Das sind die Kinder, die insbesondere in die Schule gehen, die auf ein Schulsystem treffen, das aus meiner Sicht unzureichend auf solche Dinge vorbereitet ist, das Stichwort ist hier „Digitalisierung“. Und es sind insbesondere die Kinder, die aus sozial schwächeren Elternhäusern kommen und die sich eben keinen Nachhilfeunterricht leisten können. Und wenn ich diese Jugendlichen im Blick habe, dass sie auf der einen Seite dieser Belastung ausgesetzt sind, auf der anderen Seite das Thema Finanzen, weil das sind diese Jugendlichen, die später am Arbeitsmarkt tätig sein sollen, die die Schulden abtragen müssen, die wir – und deshalb auch nicht leichtfertig – aufnehmen müssen und auf die Tilgung entsprechend dringen müssen, das sind die Jugendlichen, die sozusagen doppelt bestraft sind, und um die müssen wir uns kümmern.

Und ich will auch deutlich sagen, wir haben seit Jahren auch den Bildungsminister nicht gestellt, demzufolge sind wir auch relativ unverdächtig, dass dieses Thema E-Learning nicht auf die Tagesordnung gehoben wurde und entsprechend begleitet wurde

*(Unruhe vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)*

[...] Präsenzunterricht, begleitet durch Digitalunterricht, das ist die Herausforderung der Zukunft, und der werden und der müssen wir uns stellen, und da werden wir als CDU mit Nachdruck dran arbeiten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

Unser Ziel ist es, weiter zu öffnen, aber den Schutz zu sichern.

Fotos: Uwe Sinnacker



[...] Ich rate uns [...] dazu, das zu tun, was Politik als Erstes machen sollte: die Realität betrachten und auch klar aussprechen, was ist.

Und zur Realität gehört, dass wir weiter mitten in einer weltweiten Corona-Pandemie sind, [...] dass wir es in Wahrheit weiter mit einem gefährlichen Virus zu tun haben und uns überlegen müssen, wie gehen wir damit um, solange wir kein Medikament, keinen Impfstoff haben. [...] Wir können nicht erwarten, dass wir wieder Normalität haben, aber gleichzeitig alle vor Corona schützen. [...]

Und es ist nicht so, dass wir nichts gegen Corona zu bieten hätten. Wir haben ganz klare Schutzregeln. [...] Wir haben den Abstand, wir haben die Hygieneregeln und wir haben die Maske, wo wir den Abstand nicht halten können. [...]

Wir werden noch zusammen sehr lange durchhalten müssen und diese Krise durchstehen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] Unser Ziel ist es, weiter zu öffnen, aber den Schutz zu sichern. [...] Es ist gelungen, die Hochsaison in Mecklenburg-Vorpommern über die Bühne zu bekommen mit zwei Millionen Gästen, die begeistert sind von diesem Land und die [...] sicher nach Hause fahren können. Sie fahren nicht aus einem Risikogebiet zurück, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)





Zur Einhaltung der Hygienebestimmungen wurden Plexiglas-Trennwände am Präsidium installiert.

[...] Wir haben 152.000 Schülerinnen und Schüler in 563 Schulen, und aktuell sind 76 Schülerinnen und Schüler in Quarantäne. Das sind 0,05 Prozent. Wir können also für 99,95 Prozent Schülerinnen und Schüler einen ganz normalen Schulalltag gewährleisten.

Und wir halten dieses Konzept „Öffnung der Kitas und Schulen und lokal agieren“, [...] für richtig, denn das garantiert einen regelmäßigen Schulunterricht. [...] Die Kinder haben Vorfahrt. Sie haben einen verlässlichen Alltag verdient.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Jetzt kommt nach der Öffnung des Einzelhandels, nach Tourismus, Kitas und Schulen der nächste Schritt. [...] Und deswegen ist es richtig, dass wir gestern entschieden haben, dass Einreisen nach Mecklenburg-Vorpommern wieder möglich sind [...] Gleichzeitig können wir auch den Tagestourismus wieder zulassen. [...]

Wir steuern aber in den Herbst und den Winter rein, und das dürfen wir nicht unterschätzen. [...] Wichtig ist weiterhin, dass wir unsere Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft schützen. [...]

Man muss ehrlich sagen, wir haben große Herausforderungen in den Industriebereichen, erfolgreiche Unternehmen wie die Eisengießerei Torgelow, wie Nordex. Unsere Werften haben ganz, ganz große Probleme. [...]

Ziel der Landesregierung ist, weiter Arbeitsplätze in unseren wichtigen Industriebereichen zu erhalten! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Und deshalb bin ich sehr froh, dass [...] der Bund [...] sich gestern entschieden hat, das Kurzarbeitergeld zu verlängern. Das Kurzarbeitergeld wird bis Ende 2021 verlängert. Das ist eine wichtige Nachricht, [...].

Sehr geehrte Abgeordnete, [...] auch wenn einige schon längst mit dem Kopf bei der Wahl nächsten Jahres sind, unser Hauptziel ist erst mal, das Land weiter gut und sicher durch diese Krise zu führen. [...] Vielen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Horst Förster, AfD:

„Die Landesregierung hat sich kräftig damit hervorgetan, überschießende Maßnahmen zu treffen.“



Fotos: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Abgeordnete! Liebe Landsleute! Die Ministerpräsidentin hat gemeint, sich auf die Realitäten zu beschränken. [...] in Form eines Schönwetterberichts. [...] aber für das, was man anrichtet, was man bewirkt hat, muss man einstehen und muss auch die Gründe ganz klar darlegen können.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Renz hat sich ganz geschickt um eine wirkliche Aufarbeitung gedrückt. [...] Erinnern wir uns, wie alles begann: Der Shutdown begann nicht wegen der Infektionszahlen [...] Es war da das Fehlen von Schutzausrüstung, Beatmungsgeräten und Betten [...].

Und dann geschah bei dem Shutdown ein Kardinalfehler, nämlich eine falsche Weichenstellung, die nach wie vor noch irgendwie im Raume steht, nämlich, man hat sich nicht zunächst [...] den vulnerablen Gruppen zugewandt, um die besonders zu schützen, sondern man hat gewissermaßen die Gesamtbevölkerung in Haftung genommen und mit dem Shutdown riesige Schäden angerichtet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Es war der Hauptstrickfehler, auch der Rechtsfehler bei solchen tiefgreifenden Grundrechtseingriffen, die Verhältnismäßigkeit nicht im Auge zu haben. Man hatte das Virus im Auge, das sollte, egal wie, bekämpft werden, aber eine Folgeschädenabwägung [...] hat nicht stattgefunden. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Schul- und Kitaschließungen – dadurch ist unendliches Unheil



angerichtet worden, bei den Kindern, Brüche in den Lebensläufen. [...] Wenn eine Quarantäne angeordnet [...] gibt es inzwischen Bescheide, [...] dass dann eine Absonderung in der Familie stattfinden soll, dieses Kindes, das ja gar nicht getestet ist. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und es geht ja noch weiter: Es wird inzwischen angedroht die Inobhutnahme von Kindern aus Familien, wenn die Familien die Separierung [...] nicht so betreibt, wie die Verwaltungsbehörde sich das vorstellt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

So was hätte ich mir bisher nur in totalitären Staaten vorstellen können.

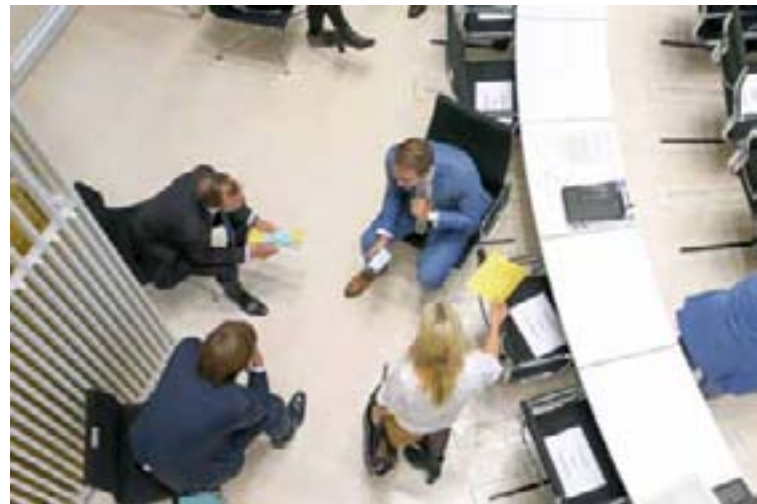
(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Die Landesregierung hat sich kräftig damit hervorgetan, überschießende Maßnahmen zu treffen. [...] Die Strandsperrung ist ein klassisches Beispiel dafür, für eine völlig überschießende Maßnahme. Dafür gab es überhaupt keinen vernünftigen Grund, weder notwendig noch verhältnismäßig.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und als das Oberverwaltungsgericht das auch so gesehen hat, hat die Ministerpräsidentin nichts anderes im Auge, als dann noch das Gericht zumindest verdeckt zu rügen. [...] Die Bewertung von Corona und der Pandemiemaßnahmen ist zur Glaubensfrage hochstilisiert worden. Die Alltagsmaske beispielsweise ist ein nicht mehr zu hinterfragender Glaubensartikel geworden. [...]

Wir leben inzwischen in einer Alltagshysterie. Und wie soll das im Winter erst mal werden? [...] Bei der Staatsanwaltschaft ist eine Beamtin der Geschäftsstelle verdächtigt [...] coronainfiziert zu sein. Schon heben Richter ihre Termine auf. Die Mutter geht mit einem verschnupften Kind, taucht sie bei der Kita



auf, will das Kind abliefern. Um Himmels willen, das Kind hat Schnupfen!

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Die Mutter erklärt, sie kennt ihr Kind, das hat nur Schnupfen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Denkste! Sie wird zurückgewiesen. Und das wird dann im Winter tatsächlich so weitergehen. So wird aus einem hysterischen Alltag, in den wir geraten sind, zurückgeschickt.

Wie ist die Prognose? Ich sagte es schon, eine unvoreingenommene Bestandsaufnahme wird nicht stattfinden. Sie brauchen Corona inzwischen. Denn was wäre denn, wenn herauskäme, dass das alles so nicht notwendig war in diesem Lande? Das wäre doch verhängnisvoll für Ihre Situation! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD und Holger Arppe)



Fotos: Uwe Sirmecker

Nach jedem Redner wird das Pult desinfiziert.

Thomas Krüger, SPD:

„Das finde ich gut, wenn wir gerade in der Krise beieinanderbleiben.“

Foto: Uwe Sinnecker



Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor der Sommerpause [...] konnten wir feststellen, dass Mecklenburg-Vorpommern gut durch die Krise gekommen ist. Es freut mich, [...] dass es nach wie vor so ist. [...] Wir haben im Vergleich

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] zu anderen Bundesländern [...] die niedrigsten Infektionszahlen, und das ist auch Ausdruck der Maßnahmen, die ergriffen worden sind.

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

Das ist natürlich auch ein Verdienst der Menschen [...], die [...] Mehrheit [...] hält sich an die Vorgaben, ist umsichtig [...]. Dafür möchte ich herzlichen Dank sagen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dirk Lerche, AfD)*

Und, meine Damen und Herren, der Kollege Renz hat das Thema Föderalismus angesprochen. Auch ich möchte mich dazu bekennen, dass wir entsprechend dem, wie das Infektionsgeschehen bei uns im Land ist, die Regeln auch entsprechend miteinander machen. Es hilft nicht, bundeseinheitliche Regeln über alles zu schieben [...]. Deswegen ist das so, wie es hier gemacht worden ist, [...] richtig.

[...] Eine große Herausforderung war der Start ins neue Schuljahr und in die Kitabetreuung. Wir waren die Ersten [...]. Es gab keine Erfahrungen aus den anderen Bundesländern, auf die wir aufbauen konnten. [...] Die Wiedereröffnung [...] in Mecklenburg-Vorpommern hat wirklich gut funktioniert.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

In den allermeisten Schulen konnte trotz der erschwerten Bedingungen in fast allen Fächern jeden Tag ein ganz normaler Unterricht stattfinden. Das wurde in den letzten Monaten von sehr vielen Beteiligten intensiv vorbereitet, von den Lehrerinnen und Lehrern, [...] von den Reinigungskräften, [...] von den Schulleitungen, [...] von den [...] Schulämtern und Gesundheitsämtern, [...] von den Kolleginnen und Kollegen im Bildungsministerium [...] und [...] natürlich auch von der Ministerin.

[...] Ich möchte mich bei der Ministerin an dieser Stelle ganz herzlich bedanken. Ich glaube, die meisten hier im Raum sind sich einig, der härteste Job, den momentan diese Landesregierung zu vergeben hat, ist der der Bildungsministerin. Und ich finde, sie macht diesen Job sehr gut.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...]

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...]

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

[...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] Es wurde also vonseiten der Schulen und des Ministeriums seit Monaten sehr viel dafür getan, dass unsere Schülerinnen und Schüler in einen sicheren und zuverlässigen Unterricht starten können.

Was dabei nicht hilft, meine Damen und Herren, ist der permanente Versuch des Verunsicherns von Eltern und Lehrern, so, wie Sie es getan haben, Frau Oldenburg.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Machen Sie mal Nachrichten an!
Da ist jeden Tag Verunsicherung!)*

[...] Es hilft auch niemandem, [...] wenn Sie so tun, als würde es nur am guten Willen der Landesregierung fehlen [...].

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Hätten Sie
alles schon machen können, Herr Krüger,
hätten Sie alles machen können!)*

[...] Wahr ist, in ganz Deutschland fehlen Lehrer.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und zur Wahrheit gehört auch, Mecklenburg-Vorpommern, [...] ist das Land, was prozentual am meisten neue Lehrer/-innen in den letzten Jahren eingestellt hat.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Und es hilft, Frau Oldenburg, auch niemandem, wenn Sie den Eindruck erwecken, dass die Abschlüsse der Schüler gefährdet sein werden. Richtig ist, dass an den allermeisten Schulen ein ganz normaler Unterricht stattfinden kann.

Und auch während der Corona-Phase waren die Schulen, waren die Lehrer bemüht, den Kindern den Unterrichtsstoff darzubringen. [...] Ja, es ist richtig, es ist bei Weitem nicht so intensiv, das Lernen selbst, als wenn sie in der Schule vor der Klasse gestanden hätte. Aber so zu tun, als wenn das eine Leerzeit, eine Ausfallzeit ist, das weise ich zurück! [...]

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)*

[...] der Schulstart ist gelungen. Also, Frau Oldenburg, hören Sie auf, mit Ihrer täglichen Panikmache [...]! Hören Sie auf, die [...] besonders herausfordernde Arbeit in den Schulen und im Ministerium schlechtzureden! [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Fangen Sie an, sich [...] konstruktiv einzubringen mit realistischen Vorschlägen! Taxitransporte zur Schule oder das Klonen von 1.000 Lehrern sind eben keine realistischen Vorschläge.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Heiterkeit bei Patrick Dahlemann, SPD)*

Und, meine Damen und Herren, [...] Der Kollege Renz, scheint mir, hat eben den Wahlkampf eröffnet, frei nach dem Motto: „Eine starke Behauptung ist besser als ein schwacher Beweis.“

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Richtig ist, [...] Voraussetzung für die Digitalisierung [...] ist der Breitbandausbau. Ohne den Breitbandausbau werden wir auch an der Schule nichts hinbekommen. Und der Breitbandausbau [...] ist erst [...] in dieser Legislaturperiode zur SPD gewandert, der war davor bei der CDU.

*(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Renz, CDU –
Beifall Andreas Butzki, SPD)*

[...]

*(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU: Sie machen
doch sonst immer alles zur Chefsache!)*

[...]Die SPD und ein SPD-geführtes Haus war es, das [...] organisiert hat, dass die Ausschreibungen so gelaufen sind, dass Mecklenburg-Vorpommern hier massiv investieren kann.

*(Unruhe bei Tilo Gundlack, SPD,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)*

Das größte Investitionsprogramm seit der Geschichte unseres Landes läuft. 1,5 Milliarden Euro [...].

*(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)*

[...] Und wenn Sie beklagen, dass das alles zu langsam geht, meine herzliche Bitte: Wenden Sie sich an Ihre Landräte!

(Torsten Renz, CDU: Ja.)

Der Landrat des Kreises Ludwigslust-Parchim hat dafür gesorgt, dass die Schulen eher angeschlossen werden [...]. Das ist anderswo auch möglich.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und zum Thema „Digitalisierung in den Schulen“ selbst: Sie wissen, dass die Ministerin die Plattform „itslearning“ gekauft hat,

*(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Sie hat das alleine gekauft?)*

dass hier diese Plattform für alle Schulen zur Verfügung steht. Sie wissen, dass finanziell schwache Familien Leihgeräte bekommen können. 11 Millionen Euro stehen zur Verfügung.

*(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Die haben sie aber noch nicht!)*

Die Geräte sind bereits ausgeschrieben oder gekauft. [...] Es stehen 110 Millionen Euro für die Schulen aus dem Digital-Pakt zur Verfügung. Und die Ministerin war in Berlin und hat sich um die Endgeräte gekümmert. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

[...] Ich möchte mich ebenso bedanken bei den Verantwortlichen im Bereich der Kita. [...] von den ErzieherInnen über die Gesundheitsämter bis zum Ministerium [...] für die großartige Arbeit [...],

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] Ich will noch eingehen kurz auf den MV-Schutzfonds, meine Damen und Herren. Wir haben hier gemeinsam in der Koalition – und das finde ich gut, wenn wir gerade in der Krise beieinanderbleiben und hier nicht den Wahlkampf eröffnen,

(Heiterkeit bei Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

[...] wir haben gemeinsam [...] Regeln erlassen, um Selbstständigen, Freiberuflern, Kleinstunternehmern und der mittelständischen Industrie zu helfen.

Und, meine Damen und Herren, wir stehen vor einer beson-

deren Herausforderung, was die Werften und die Industrie rundherum betrifft. Da geht es um Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze. Und auch hier ist das Land am Handeln, ist die Koalition am Arbeiten. Das ist wichtig.

[...] Ich erwarte vom Bund, dass er hier hilft, so, wie wir geholfen haben. [...] Das ist das industrielle Herz unseres Landes und wir wollen natürlich, dass es hier weitergeht.

Meine Damen und Herren, [...] Ich möchte mich noch mal bedanken bei den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie sich bisher an die Maßnahmen gehalten haben, und appellieren, dass wir auch weiterhin die Abstandsregeln, die Hygiene-regeln einhalten. [...] Und wenn wir uns alle an die Regeln halten, werden wir weiter gut durch die Krise kommen. – Herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Torsten Koplín, DIE LINKE:

„Die Pandemie überwinden geht nur in einer solidarischen Gesellschaft.“

Fotos: Uwe Sinnecker



Die Corona-Pandemie ist eine historische Zäsur. [...] Wie tief die Einschnitte unsere bisherige Lebensweise verändern werden, ist noch nicht absehbar. Die Pandemie zwingt uns allen ein Umdenken auf. [...] Die Aggressivität [...] gegenüber der Umwelt hat doch Folgen, die Abholzung der Wälder, wo auch immer, zwingt elementare Lebewesen, sich ein neues Siedlungsgebiet zu suchen. Es gibt mikrobische Universen, von denen wir keine Vorstellung haben, und es kommt zu Wechselbeziehungen zwischen Arten, die wir nicht einmal vermuten. So wird der Kontakt mit Krankheitserregern, die bis vor Kurzem ruhig in ihren Nischen schlummerten, immer wahrscheinlicher. Und weil das so ist, ist es geradezu fatal, Herr Waldmüller, den Eindruck zu verbreiten, wir müssten nur

einige Herausforderungen lösen, einige Förderprogramme auflegen, und dann kämen wir zurück zu einer Normalität, die, um der Zäsur Rechnung zu tragen, eben mal „neue Normalität“ genannt wird. Die Ansteckung mit dem Virus ist nur ein Symptom. Die Infektion liegt in der Ökologie, sehr geehrte Damen und Herren, und in den Verhältnissen, also in der Art und Weise, wie wir produzieren,

(Zuruf von Horst Förster, AfD)

das Produzierte verteilen, wie das Produzierte verwendet wird und wie es entsorgt wird.

Und noch etwas: Wir müssen erkennen, dass viele der uns heute umtreibenden Probleme bereits vor der Corona-Krise bestanden.

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau.)

Die Pandemie hat wie ein Katalysator die Unzulänglichkeiten nur vermehrt und in eine andere Qualität gehoben. [...] Warum das alles? Weil alles zuvor auf Effizienz gebürstet war.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

[...] wir mussten und müssen erleben, wie Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer unter den Corona-Bedingungen ächzen. Vor Corona fehlten Lehrerinnen und Lehrer, vor Corona ist die Stundentafel reduziert worden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Genau so.)

vor Corona wurde das System „Schule“ dem Sparwahn geopfert. Das können Sie doch nicht wegreden! [...] Wir sind in der Pandemie krisenanfällig, weil die öffentliche Daseinsvorsorge stiefmütterlich behandelt wurde, weil das Prinzip „Alles muss sich rechnen“ großgeschrieben und das Wort „Prävention“ kleingeschrieben wird.

Bei all dem Ernsthaften, dem, was uns besorgt sein lässt, ist das Gute: Die Pandemie ermuntert uns, als Teil einer Gemeinschaft uns zu begreifen. Sie zwingt uns zu einer Anstrengung unserer Vorstellungskraft, die in normalen Zeiten offensichtlich nicht geleistet wurde, uns unauflöslich mit anderen Lebewesen zu sehen. Die Pandemie überwinden geht nur in einer solidarischen Gesellschaft, nicht in einer wie auch immer gearteten neuen Normalität.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)



In der Debatte haben noch weitere Redner gesprochen. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/ Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de



Foto: Jens Büttner

Das russische Verlegeschiff „Akademik Tscherski“ liegt vor Sonnenaufgang im Hafen Mukran auf der Insel Rügen. Das Spezialschiff wird im Hafen für seinen Einsatz zum Weiterbau der Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 vorbereitet.

Landtag steht hinter Nord Stream 2

USA drohen Fährhafen Sassnitz mit Sanktionen

■ **Erpressung! Völkerrechtswidrig! Ein Eingriff in die Souveränität!** Der Landtag fand deutliche Worte für die Drohungen, die drei republikanische US-Senatoren gegen den Hafen von Sassnitz ausgesprochen haben. Hintergrund dafür ist die Ostsee-Pipeline „Nord Stream 2“. Die US-Regierung hat ihren Druck gegen das deutsch-russische Gasprojekt erhöht. In einem Brief forderten die Senatoren das Unternehmen auf, sich nicht an der Fertigstellung der Pipeline zu beteiligen. Andernfalls müssten Vorstand, Geschäftsführung, Mitarbeiter und Aktionäre mit Sanktionen rechnen. Dazu zählten Einreiseverbote und das Einfrieren von Eigentum in den USA. Warum die Amerikaner den Hafen auf Rügen ins Visier nehmen? Hier lagern Rohre für die Pipeline und ankern russische Verlegeschiffe. Basierend auf einem gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und DIE LINKE verwarfte sich der Landtag einstimmig gegen Eingriffe in die staatliche Souveränität. Er forderte Bund und EU auf, sich so etwas nicht bieten zu lassen und bekräftigte, an der Fertigstellung der Fernleitung festzuhalten.

Er könne verstehen, dass sich die Amerikaner für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen einsetzen, sagte **Jochen Schulte** (SPD) in seiner Einbringungsrede: Der Erdgaspreis sei eingebrochen,

die Förderung von Erdgas aus Fracking nicht mehr kostendeckend. Das treibe dort viele Unternehmen in die Insolvenz und vernichte Volksvermögen in Milliardenhöhe. „Was aber nicht legitim ist,

sind Drohbriefe zu schreiben, Leute zu erpressen und zu glauben, dass man seine eigenen Interessen über die Belange der Menschen in anderen Staaten stellen darf.“ Es gebe Spielregeln, auch für die USA. Ganz oben stehe die Anerkennung der Rechtsstaatlichkeit anderer Staaten. „Wenn das nicht mehr funktioniert, funktioniert Welthandel nicht mehr.“ Die Alternative wäre dann Handelskrieg. Er forderte Bund und Europa auf, klar Position zu beziehen und alles dafür zu tun, um die Sanktionen abzuwehren. Letztlich handle die US-Regierung auch nicht im Sinne ihrer eigenen Wirtschaft, wenn sie einen weltweiten Handelskonflikt vom Zaun breche, so Schulte.

Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** sprach von inakzeptablen Erpressungsversuchen. „Es kann nicht sein, dass wir uns vorschreiben lassen, welche Energie wir von wem kaufen.“ Sie bekräftigte, dass die Landesregierung hinter der Stadt Sassnitz, ihren Einwohnern, hinter dem Hafen Mukran und seinen Beschäftigten stehe und auch weiterhin am Bau der Pipeline festhalte. Sie werde für die

künftige Energieversorgung gebraucht: Deutschland steige in absehbarer Zeit richtigerweise aus der Atomenergie und Kohlekraft aus. Der Weg zu erneuerbaren Energien sei eingeschlagen, das Ziel aber nur mit einer übergangsweisen Nutzung von Gas als zusätzlichem Energieträger erreichbar. Die Begründung der USA, MV vor russischer Abhängigkeit bewahren zu wollen, sei absurd. Man könne von Russland halten, was man wolle. „Aber eines steht fest: Die Energieversorgung war bisher immer verlässlich und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln.“ In Wahrheit gehe es den USA nur um eines: „Dass wir ihnen ihr Fracking-Gas abkaufen.“

Nikolaus Kramer, AfD-Fraktionschef, bezeichnete die Drohungen als wirtschaftliche Kriegserklärung. „Es geht hier eiskalt um geostrategische Interessen und Transitgebühren. Alle anderen Argumente sind vorgeschoben und geheuchelt.“ Man stelle sich nur mal vor, drei Ministerpräsidenten aus Deutschland würden amerikanischen Unternehmen mit Sanktionen drohen, weil diese die Energieversorgung ihrer Bürger organisieren. „Das wäre eine bodenlose Frechheit.“ Nord Stream 2 gehöre zu den wichtigsten wirtschaftlichen Unternehmungen für MV. „Anders, als Kritiker dem Projekt vorwerfen, schafft es keine Abhängigkeit, sondern ein weiteres Angebot.“ Er beanstandete, dass die AfD nicht gefragt worden sei, ob sie dem Antrag beitreten wolle. „Ihnen ist, wie so oft, parteipolitisches Klein-Klein wichtiger.“ Seine Fraktion werde aber trotzdem zustimmen. „Weil es eine Selbstverständlichkeit ist.“ Und weil sie auf ein klares mediales Signal nach Washington und Warschau hoffe, „dass unsere Energieversorgung unsere eigene Angelegenheit bleibt“.

„Ich bin erschrocken und entsetzt über die neue Art der Diplomatie – wenn man das überhaupt noch so nennen kann“, äußerte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). „Wir erleben einen Eingriff in die nationale und europäische Souveränität.“ Er halte das für völkerrechtswidrig. Damit sei die transatlantische Beziehung an einem absoluten Tiefpunkt angekommen. „Was ist die nächste Eskalationsstufe? Wird MV zum Schurkenstaat?“ Er erinnerte daran, dass das Projekt nicht erst unter der Regierung von Präsident

Trump zu Kritik aus den USA geführt habe. „Glücklich war auch Präsident Obama nicht darüber, das ließ er uns auch spüren.“ Unter Donald Trump sei sie aber besonders laut geworden. Trotz der klaren Position, die MV vertrete, hoffe er auf eine Rückkehr zum Dialog. Das sei auch seine Erwartung an den Bund und die EU. „Ein Handelskrieg ist für alle ein wirtschaftliches Fiasko.“ Deutschland und Europa kämen nicht umhin, Gas als Brückentechnologie zu nutzen. „Fakt ist aber, dass die Abhängigkeit mit zunehmendem Ausbau von Alternativenergien geringer wird.“

Karsten Kolbe (DIE LINKE) begrüßte die Einigung auf einen gemeinsamen Antrag. „Bei allen politischen Unterschieden und Positionen unserer Fraktionen zeigen wir damit, dass wir uns einig sind, dass kein Präsident, kein Senator oder Botschafter das Recht hat, unseren Unternehmen, Beschäftigten und auch der Regierung in unserem Land mit persönlichen oder finanziellen Konsequenzen zu drohen.“ Die Energiesicherheit in Europa, Deutschland oder gar MV sei den USA doch vollkommen egal. Der amerikanischen Führung gehe es einzig und allein darum, ihr Gas auf den europäischen Markt zu bringen. Der Bundesregierung warf er vor, in ihren außenpolitischen Beziehungen zweierlei Maß anzulegen: Würde der russische Präsident mit Sanktionen drohen, „was wäre da los in diesem Land!“ Von der US-amerikanischen Administration lasse sie sich dagegen auf der Nase herumtanzen. Er erwarte, dass sich Deutschland und die EU den Erpressungsversuchen widersetzen – im Zweifel auch mit Gegenmaßnahmen.

Holger Arppe (fraktionslos) hielt „billigen Anti-Amerikanismus“ bei diesem Thema nicht für angebracht. Wenn Bundesregierung, Bundespräsident und Medien unentwegt gegen Donald Trump hetzten, müsse sich niemand wundern, dass Washington beim Thema Nord Stream 2 kaum noch für eine faire Lösung zugänglich sei. „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus.“ Hinzu komme: Ohne die „unsägliche Energiewende“ wäre die Pipeline gar nicht nötig. Er empfahl den deutschen Verantwortlichen etwas mehr Selbstkritik. „Dann klappt es auch wieder mit der transatlantischen Partnerschaft.“

Für **Jochen Schulte** (SPD) sind zwei Punkte in dem Konflikt maßgeblich. Erstens: „Die US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 gefährden die europäische Souveränität.“ Zweitens: „Das Verhalten der USA ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht.“ Hier gehe es nicht mehr um energiepolitische Fragen, sondern um eine Grundsatzfrage. Die USA gebe vor, die Energieversorgung schützen zu wollen. „Vor wem eigentlich?“ Dass die AfD nicht in den gemeinsamen Antrag einbezogen worden sei, habe mehrere Gründe. Anders als DIE LINKE habe sie beispielsweise keinen eigenen Antrag zu dem Thema vorbereitet. Mangelndes Vertrauen in die Verlässlichkeit der Fraktion habe ebenfalls eine Rolle gespielt.

In der Debatte meldeten sich noch weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtags (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de.

Antrag SPD, CDU, DIE LINKE
Drucksache 7/5302

Nord Stream 2

Nord Stream 2 – dahinter verbirgt sich eine Gas-Pipeline, die in zwei parallelen Strängen von der Narwa-Bucht in Russland nach Lubmin verlegt wird. Die Stränge sind 1230 Kilometer lang und verlaufen durch die Ostsee. Der Bau startete 2018 und ist zu rund 90 Prozent fertiggestellt. Die Trasse wird unter Federführung des russischen Gaskonzerns Gazprom gebaut. Das Projekt ist innerhalb der EU umstritten. Nord Stream 2 ist nach Nord Stream 1 die zweite Ostsee-Pipeline. Nord Stream 1 führt von Wyborg nach Lubmin. Die beiden Leitungen gingen 2011 und 2012 ans Netz. Betreiber von Nord Stream 1 ist die Nord Stream AG, ein Konsortium aus PAO Gazprom (51 Prozent), Wintershall Dea GmbH (15,5 Prozent), PEG Infrastruktur AG (15,5 Prozent), N.V.Niederlandse Gasunie (9 Prozent) und ENGIE (9 Prozent). Hinter der zweiten Trasse steht die Nord Stream 2 AG, deren Alleineigentümer inzwischen PJSC Gazprom ist.

Quellen: www.nord-stream.com/de/ und www.nord-stream2.com/de



Zum Image der Polizei wurde in der 96. Sitzung des Landtages debattiert.

Foto: Cornelius Kettler

Polizeiarbeit wertschätzen

Abgeordnete debattieren über Kriminalisierung der Ordnungshüter

■ In Deutschland wird diskutiert. Über die Polizei. Über Videosequenzen, die zeigen, wie ein Beamter in Düsseldorf einen Jugendlichen mit dem Knie auf den Boden drückt. Über Rassismuskonflikte. Racial Profiling. Polizeikontrollen und Polizeigewalt. Öffentliche Debatten, die nach Ansicht der CDU-Fraktion ein falsches Bild zeichnen und Polizisten in die Nähe von Kriminellen rücken. Ihre Forderung: „Kriminalisierung von Polizeikräften beenden – Polizeiarbeit würdigen“. Unter dieser Überschrift stieß sie eine Aussprache im Landtag an – die auch zu einem kontroversen Schlagabtausch der beiden Koalitionspartner führte.

„Ich beobachte in Deutschland schon seit Monaten ein immer feindseliges Klima, wenn es um die Einschätzung der Arbeit von Polizeikräften geht“, sagte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Meine Fraktion hat die Aussprache an-

gemeldet, weil es uns wichtig ist, ein politisches Zeichen zu setzen.“ Niemand sei frei von Fehlern, auch nicht die Polizei. Sie aber unter einen Generalverdacht zu stellen oder seitens politischer Verantwortungsträger in die Nähe von Kriminellen zu rücken, sei inakzeptabel. „An der Stelle ist eine Grenze überschritten. Eindeutig!“ Was das Video aus Düsseldorf nicht zeige: die Vorgeschichte. „Mal ehrlich: Glauben Sie Gewalt ist das erste Mittel der Wahl, das Polizisten wählen?“ Sie beklagte, dass die Polizei zunehmend weniger Rückhalt aus dem politischen Raum erhalte. Deshalb werde sie nicht müde, ihr weiterhin den Rücken zu stärken. „Ich werde das laut tun, ich werde das deutlich tun und ich werde das immer und immer und immer wieder tun. So lange, bis es Ihnen aus dem Halse hängt.“

„Ich gehe davon aus, dass alle Redner sich zu unserer Polizei im Land bekennen“, knüpfte Innenminister **Lorenz Caffier** an. Die 6000 Mitarbeiter würden genau zuhören und merken „wessen Unterstützung ehrlich und aufrichtig gemeint ist und wessen Worte Lippenbekenntnisse oder möglicherweise scheinheilig sind“. Viele Debatten über die Polizei seien weit von der Realität entfernt. „Sie sind von Ideologie, Unwissenheit, Ignoranz, Ablehnung, teilweise sogar Hass und viel zu oft von billigem,

politischen Kalkül geprägt.“ Natürlich gebe es unter bundesweit rund 250.000 Polizisten auch schwarze Schafe. Die Fehler Einzelner dürften aber nicht zu grundsätzlichen Missständen verklärt werden. Wer Polizisten aus politischem Kalkül in ein schlechtes Licht rücke, leiste der Gewalt von Steinewerfern oder Hooligans Vorschub. Sein Appell an alle politischen Kräfte: „Stoppen Sie die Kriminalisierung eines gesamten Berufsstands. Behandeln Sie Polizisten fair. Kritisieren Sie, ohne zu verallgemeinern. Fragen Sie nach, ohne zu unterstellen. Und vor allem: Loben Sie, ohne einzuschränken. Die Kollegen haben es verdient.“

„Wir beobachten in diesem Land eine Entfremdung von allem Staatlichen“, meinte **Nikolaus Kramer** (AfD-Fraktionschef). Das betreffe neben Polizisten auch Feuerwehrleute und Rettungssanitäter. „Das ist eine Besorgnis erregende Situation.“ Diesem Klima der Feindseligkeit müsse entschieden entgegengetreten werden. Politische Verantwortungsträger sollten da mit gutem Beispiel vorangehen. Ausgehend von Straftaten einzelner Beamten alle Polizisten als „kriminelle Individuen“ hinzustellen, wies auch er zurück. „Sie machen täglich ihren Job draußen für uns, für die Gesellschaft.“ Nach dem tragischen Tod von George Floyd in den USA sei auch nach Deutschland eine Welle geschwappt, die zu Protesten gegen die Polizei und in Greifswald zum Beispiel zu einem Banner mit der Aufschrift „Rassismus tötet, Polizei mordet“ geführt habe. Er wünsche sich mehr Achtung vor Polizisten und „dass die Männer und Frauen in Uniform wieder als unser Freund und Helfer bezeichnet werden und nicht als irgendwelche Verbrecher, die hier den Knüppel des Staates durchziehen“.

Manfred Dachner (SPD) warf der CDU vor, bereits mitten im Wahlkampf zu sein. „Wie groß ist Ihr Respekt vor der AfD, dass Sie dieses Thema immer benutzen, um zu sagen, Sie sind für die Polizei?“ In Deutschland seien Strukturen entstanden, die die freiheitlich-demokratisch Grundordnung infrage stellten. Und das nicht nur im Untergrund oder am Rand der Gesellschaft, sondern auch bei der Polizei. „Da macht Mecklenburg-Vorpommern leider keine Ausnahme.“ Über kriminelle Beamte habe die CDU jedoch

gerade einmal drei Sätze verloren, ansonsten nur von „Friede, Freude, Eierkuchen“ gesprochen. „Es kann doch nicht übersehen werden, dass wir seit zehn Jahren in diesem Land so viele Vorkommnisse bei der Polizei haben wie in den letzten 30 Jahren nicht.“ Private Halterabfragen, sexuelle Kontaktaufnahmen, Prepper-Entwicklungen und ein SEK, das dem Innenministerium entglitten sei – „das muss einen doch aufregen!“ Eine Kriminalisierung der Polizei im Allgemeinen lehnte auch er ab. Es müsse aber genau hingeschaut werden; auch mit wissenschaftlichen Analysen.

Peter Ritter (DIE LINKE) empfahl den Koalitionspartnern, ihren Kurs zu dem Thema noch einmal abzustimmen. „Sollten Sie das nicht hinkriegen, wird mir um die Innere Sicherheit in MV angst und bange.“ Der Schlagabtausch sei keine Würdigung der Polizei gewesen. Auch in MV hätten Polizisten Daten abgefragt, zum Beispiel über Personen aus dem linken Spektrum. „Was mit diesen Daten geschehen ist, wissen wir bis heute nicht. Dies zu benennen und Aufklärung einzufordern – ist das Kriminalisierung der Polizei? Ich glaube: Nein!“ Niemand aus seiner Fraktion behauptete, Polizeikräfte seien per se gewalttätig. Es sei aber auch nicht von der Hand zu weisen, „dass einige in den Reihen der Polizei nicht integer und professionell sind“. Damit müsse man sich offen, intensiv und gründlich auseinandersetzen. In der Vergangenheit sei die Polizei aber auch von vielen Landespolitikern als unangreifbar behandelt worden. Er forderte erneut eine Ombudsstelle. Damit würde der Staat zeigen, dass er das Problem ernst nehme.

Stichwort: Aussprache

Wenn das Landesparlament tagt, debattieren oder beschließen die Abgeordneten nicht nur Gesetzentwürfe oder Anträge. Die Fraktionen können landesrelevante Themen auch als Aussprache auf die Tagesordnung setzen. Das Grundanliegen ist das gleiche: Öffentlichkeit für einen Sachverhalt herzustellen. Anders als bei Gesetzentwürfen oder Anträgen findet am Ende dazu aber keine Abstimmung statt.

Kein Taser im Streifendienst

MV wartet Testphasen anderer Bundesländer ab

■ **Streifenpolizisten in MV werden vorerst nicht mit Elektroschockern ausgestattet. Die Distanzelektroimpulsgeräte bleiben dem Spezialeinsatzkommando (SEK) vorbehalten. Die AfD hatte sich dafür stark gemacht, den Einsatz der sogenannten Taser auszuweiten und begründete dies mit zunehmender Gewalt gegen Polizisten. Die Koalitionsfraktionen verwiesen auf laufende Pilotprojekte in anderen Bundesländern, deren Erfahrungen man zunächst abwarten wolle. DIE LINKE erinnerte daran, dass die Geräte 2011 ganz bewusst nur für das SEK eingeführt worden seien.**

In den vergangenen zehn Jahren habe sich die Zahl der Polizisten, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt wurden, auf 1750 Beamte verdoppelt, begründete **Nikolaus Kramer** (AfD-Fraktionsvorsitzender) den Antrag. „Hierauf muss die Politik reagieren“ und ein Zeichen der Solidarität setzen. Die Geräte dienen dabei nicht nur der Deeskalation und dem Schutz der Einsatzkräfte. „Es ist auch eine deutlich mildere Variante zur klassischen Schusswaffe.“ Nicht zuletzt gehe es auch darum, „US-amerikanische Verhältnisse zu verhindern und den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land zu wahren“. Streifenbeamte im Umgang mit Tasern zu schulen, hielt er nicht für ein Problem: Das könnten die Ausbilder für einsatzbezogenes Training mit übernehmen. Mögliche Risiken für herzkranken Menschen wies er mit Verweis auf jüngere Forschungen zurück. „Folgewirkungen können bestehen, sind aber nicht als direkte Ursache-Wirkungs-Beziehung anzunehmen.“

Das Innenministerium befasse sich seit mehreren Jahren mit dem Einsatz von Distanzelektroimpulsgeräten, erklärte Innenminister **Lorenz Caffier**. Er schloss nicht aus, dass Taser im Streifeneinzeldienst „eine sinnvolle Ergänzung zwischen

Schlagstock und Schusswaffe“ sein könnten. Etwa gegen gewaltbereite, bewaffnete Störer oder bei Selbstmordversuchen. „Aber auch Taser sind gefährlich und ihr Einsatz kann tödlich sein. Dementsprechend sind sie auch als Waffe eingestuft.“ Er habe deshalb angewiesen, die laufenden Pilotversuche in anderen Ländern zu prüfen, auszuwerten und ihm im Ergebnis einen Entscheidungsvorschlag vorzulegen. Das werde voraussichtlich in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres der Fall sein. Bis dahin warb er um Geduld. „Schnellschüsse wird und darf es nicht geben.“

Bei seinen Revierbesuchen habe er so manchen polizeilichen Wunsch vernommen. „Der Taser war nicht dabei“, schilderte **Peter Ritter** (DIE LINKE). Er brauche auch gar nicht eingeführt werden, denn das sei er längst: Mit Beschluss der Landtagsmehrheit im Jahr 2011 und gegen die Stimmen seiner Fraktion. Er erinnerte daran, dass sich die Befürworter damals aber auch bewusst entschieden hätten, die Geräte nur in Spezialeinheiten einzuführen. „Und es erschließt sich mir nicht, dass die Einschätzung von damals heute eine andere sein sollte. Denn: Es gibt keine neuen Erkenntnisse.“ Auch die Deutsche Hochschule der Polizei spreche sich unter anderem mit Blick auf den Trainingsaufwand, die komplexe Technik und die im Falle einer Anwendung erforderlichen Folgemaßnahmen gegen einen Einsatz der Geräte im normalen Wach- und Wechseldienst aus. „Wir lehnen Ihren Antrag ab.“

Manfred Dachner (SPD) bezeichnete den Antrag als „wenig durchdacht“. Die Begründung enthalte gerade einmal drei Sätze. „Soll jeder Polizeibeamte so ein Gerät bekommen, oder wie viele sollen es werden?“ All das bleibe offen. „Zur sachlichen Debatte gehört auch, dass der Einsatz dieser Taser bisher eine absolute Ausnahme ist.“ Er warb ebenfalls darum, erst einmal die Testphasen der anderen Bundesländer abzuwarten. „Der Erfahrungsaustausch ist immer noch die beste und billigste Investition.“ Thüringen, beispielsweise, habe sich gegen eine Anschaffung ausgesprochen. Das Polizeitechnische Institut der Deutschen Hochschule der Polizei halte das Gerät in hektischen Situationen ebenfalls nicht für einzeldiensttauglich. „Wir glauben

immer als Politik, wir müssen der Polizei sagen, was sie tun oder lassen soll oder welche Geräte sie braucht – anstatt mal den zu fragen, der eventuell dieses Gerät braucht oder weniger braucht oder wer es überhaupt braucht. Das wäre wichtiger, als große Beschaffungsanalysen auszuschreiben.“

„Ich finde es richtig und gut, dass man im Laufe der Zeit immer wieder prüft, ob man seine Polizei mit den richtigen Einsatzmitteln ausstattet. Das ist unsere Aufgabe“, meinte **Ann Christin von Allwörden** (CDU). „Sonst würden wir heute immer noch mit der Gummiwurst und der Knebelkette rumlaufen.“ Grundsätzlich halte sie Taser als Einsatzmittel nicht für eine schlechte Idee. Die Sachlage dazu sei aber noch nicht ausgewogen genug. Auf Distanz könne man sie gut anwenden. Bei dynamischen Bewegungen werde das jedoch schwieriger. Nicht abschließend geklärt sei außerdem, welchen Einfluss die Geräte auf herzkranken Personen haben können. „Das sind Dinge, die man

auf jeden Fall mit in Betracht ziehen muss, wenn man sie in den vermehrten Einsatz bringen will.“ Sie begrüßte deshalb den Weg des Innenministers, nun erst einmal die Ergebnisse der Testphasen abzuwarten.

„Wenn ich weiß, dass ich Herzprobleme habe, werfe ich in der Regel keine Steine auf Polizeibeamte und bewege mich so durch den öffentlichen Raum, dass ich gar nicht in Konflikt mit ihnen komme“, entgegnete AfD-Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. Welche Polizeidienststellen Herr Ritter bereise, könne er nicht sagen. Er habe jedenfalls andere Erfahrungen gemacht. „Im Übrigen unterstützen auch die Gewerkschaften unser Ansinnen.“ Auch in dynamischen Situationen hätte er lieber Strom als Blei im Körper. Mit Blick auf den angekündigten Zeitplan drängte sich ihm der Gedanke auf, dass der Innenminister „das Thema noch vor dem Wahlkampf abräumen möchte und es deshalb aufs nächste Jahr verschoben hat“.

Antrag AfD Drucksache 7/5268 (neu)

Distanzelektroimpulsgerät

Polizeiangelegenheiten sind Ländersache. Deshalb gibt es auch keinen einheitlich vorgeschriebenen Umgang mit Distanzelektroimpulsgeräten im Polizeidienst. In den meisten Ländern gehören sie bereits zur Grundausrüstung des SEK. Einige Bundesländer erproben inzwischen auch den Einsatz darüber hinaus. In Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland werden sie bereits im Streifen dienst angewendet. In Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen laufen oder starten demnächst Pilotprojekte. Mit einem sogenannten Taser werden Menschen auf Knopfdruck bewegungsunfähig gemacht. Mit den pistolenähnlichen Geräten schießen Polizisten mittels Gasdruck aus kurzer Distanz mit Draht verbundene Pfeile ab. Treffen sie die Zielperson, geben sie einen Stromimpuls ab, der die Person für einige Sekunden handlungsunfähig macht.

Wie geht es weiter mit den Werften?

Landtag hält mehrheitlich an Unterstützung fest / AfD schließt Ende der MV Werften nicht aus

■ Wie öffentlich sollte die Diskussion um die Rettung der MV Werften geführt werden? Dazu gehen die Meinungen zwischen den Koalitionsfraktionen und der Opposition auseinander. Nach Ansicht von SPD und CDU gefährden öffentliche Spekulationen die Verhandlungen. AfD und DIE LINKE fordern hingegen mehr Transparenz und wollen die Debatte nicht allein den nicht öffentlich tagenden Fachausschüssen überlassen. Anstoß für die Besprechung im Landtag waren drei Dringlichkeitsanträge. Den ersten legte die AfD-Fraktion vor. Sie verlangte von der Landesregierung, dem Landtag einen Bericht zur Situation der MV Werften und ein Konzept für „optionale Entwicklungspotentiale“ vorzulegen. DIE LINKE folgte. Ihre Forderungen: Ein Sachstandsbericht im Landtag und tragfähige Perspektiven für die Werften. SPD und CDU traten für regelmäßige Berichte im Finanzausschuss ein. Zwei Stunden lang debattierten die Abgeordneten. SPD, CDU und DIE LINKE bekräftigten dabei ihre Unterstützung für die Werften. Die AfD hielt auch ein Ende der MV Werften für denkbar.

Die Situation der MV Werften sollte nach Ansicht der AfD nicht länger unter dem Siegel der Vertraulichkeit in den Ausschüssen behandelt werden. „Wir wollen die öffentlichkeitsrelevanten Fragen auch im offenen Plenum, das heißt

vor den Bürgern, diskutieren“, führte **Dr. Gunter Jess** an. Dazu zählte er Aspekte wie Fördermittel, Bürgschaftsvolumen, die Anzahl einheimischer Arbeitnehmer, Steuereinnahmen und Zukunftsperspektiven für die Werftindustrie. Er wol-

le das, was Genting Hong Kong in den vergangenen Jahren für die Werften in MV getan habe, nicht kleinreden. Die Corona-Pandemie habe nun aber eine völlig neue Situation erzeugt. „Das wird unmittelbare Auswirkungen auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation der drei MV Werften und gegebenenfalls auch auf die Bürgschaftsverpflichtungen des Landes und des Bundes haben.“ Die AfD werde der Vernichtung von Arbeitsplätzen nicht tatenlos zusehen. „Dabei darf aber die nüchterne wirtschaftliche Vernunft nicht verloren gehen.“

„Die Beschäftigten auf den Werften und in den Zulieferbetrieben haben ein Recht, zu wissen, wie es um ihre Jobs steht und mit welcher Unterstützung sie zu rechnen haben“, begründete **Simone Oldenburg** (Fraktionsvorsitzende DIE LINKE) den Antrag ihrer Fraktion. „Die Verunsicherung ist groß.“ Deshalb sei es wichtig, weder unberechtigte Hoffnungen zu verbreiten, noch unbegründete Ängste zu schüren. „Das geht nur über Transparenz. Und das geht auch nur über öffentliche Diskussionen.“ Dazu gehöre auch, rechtzeitig über einen Plan B zu reden, falls der Bund sich beim Schutzschirm aus der Verantwortung



Foto: Jens Büttner

Mehr als 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind bei den MV Werften an den Standorten Wismar, Rostock und Stralsund beschäftigt.

stehlen sollte. „Deshalb muss alles, wirklich alles geprüft werden, was zum Erhalt guter und zukunftsfähiger Industriearbeitsplätze beiträgt.“ Sie appellierte an die Ministerpräsidentin, die Werften zur Chefsache zu machen und in der Sепtembersitzung eine Regierungserklärung dazu abzugeben. Der AfD kreidete sie an, nur Arbeitsplätze einheimischer Arbeitnehmer sichern zu wollen. „Pfui Teufel!“

Jochen Schulte (SPD) erklärte, dass nicht alle Informationen dazu geeignet seien, in die Öffentlichkeit getragen zu werden. „Das bedeutet nicht, dass man nicht für Transparenz ist. Das bedeutet, dass man nicht durch eine öffentliche Debatte bestimmte Dinge kaputt reden will, die noch nicht kaputt sind.“ Seine Fraktion stehe weiterhin hinter den Werften. „Wir wollen, dass die noch verbleibenden Mittel in der Lockbox freigegeben werden, damit die Zeit bis Ende September genutzt werden kann, um für die Werftstandorte eine Perspektive zu finden. Alles andere würde bedeuten, dass man jetzt schon sagt: Schließt die Tore, lasst die Gitter runter. Das wollen wir nicht!“ Er gehe davon aus, dass es dazu einen breiten Konsens im Landtag gebe. Das wäre ein wichtiges Signal für

die Beschäftigten auf den Werften und in den Zulieferbetrieben, aber auch für MV und dessen industrielle Weiterentwicklung in den kommenden Jahren. „Das sollte keiner hier im Raum vergessen!“

Wirtschaftsminister **Harry Glawe** mahnte, nicht zu vergessen, dass die Werften unverschuldet in die Krise geraten seien. „Niemand hat die Corona-Pandemie und ihr Ausmaß auf die weltweite Kreuzfahrt vorausgesehen.“ Nun gehe es darum, Perspektiven zu finden. Dazu brauche es neben Gutachten und Konzepten auch Zeit. Entscheidend werde jetzt sein, die Werften unter den Rettungsschirm des Bundes zu bringen. „Der Bund ist bereit, die Verhandlungen weiterzuführen.“ Eine vorübergehende stille Beteiligung des Staates sei dabei nicht ausgeschlossen. Eine staatliche Mehrheitsbeteiligung werde es aber nicht geben. Jeden Fortschritt oder Rückschritt öffentlich zu diskutieren, halte er nicht für zielführend. „Wenn wir Vertraulichkeit vereinbaren, dann gehört es sich, dass die Medien nicht informiert werden.“ Mitunter änderten sich Gegebenheiten binnen weniger Stunden. Zu viele öffentliche Fragezeichen

könnten ein Unternehmen dann auch kaputt reden. „Wir sollten uns alle überlegen, ob das sinnvoll und richtig ist.“

Die AfD lehnte es ab, weiterhin Steuergeld in die Werften zu investieren. „Wir können nicht mit Steuergeldern, egal, ob sie vom Land kommen, vom Bund, von Europa oder sonst woher, blind in Dinge investieren, ohne irgendwelche Perspektiven zu haben“, argumentierte Fraktionschef **Nikolaus Kramer**. Sich im Juni einstimmig für die Öffnung der Lockbox ausgesprochen zu haben, sei richtig gewesen. Dadurch hätten Mitarbeiter ihre Löhne, Zulieferer ausstehende Zahlungen erhalten. Mehr sei aber nicht passiert. Jetzt wollten sich die SPD, CDU und DIE LINKE abermals Zeit erkaufen. Manchmal sei ein Ende mit Schrecken aber besser als ein Schrecken ohne Ende. „Schiffbau in MV hat in dieser Form, mit diesen Konzepten keine Zukunft mehr.“ Den Koalitionsfraktionen unterstellte er, das Projekt nur deshalb so voranzutreiben, um sich die nächsten Wahlen zu sichern. Den Linken entgegnete er: „Wollen Sie Arbeitsplätze von Polen, Balten oder anderen Europäern mit deutschen Steuergeldern retten? Dazu sage ich: Pfui Teufel!“

„Ich bin fassungslos“, erwiderte **Jochen Schulte** (SPD). „Sie erfüllen die schlimmsten Befürchtungen, die ich vor dieser Debatte gehabt habe.“ Wer solche Signale Richtung Bund sende, dürfe sich nicht wundern, wenn dieser sich dann nicht engagiere. In der Juni-Debatte zur Öffnung der Lockbox sei es darum gegangen, die Werften bis Ende September zu tragen und eine Lösung für den Rettungsschirm des Bundes zu finden. „Jeder Moment der Unsicherheit in diesem Prozess war allen bewusst.“ Wie sich die AfD die Zukunft der Standorte vorstelle – darüber habe sie kein einziges Wort verloren. Dass sich Koalitionsfraktionen und DIE LINKE in ihren Anträgen einig seien, die Bemühungen der Landesregierung weiter zu unterstützen, sei ein gutes Signal nach außen. Den Antrag der Linken könne seine Fraktion aber nicht mittragen: Die angeführten Programme zum Braunkohleausstieg ließen sich hier nicht zum Vorbild nehmen. „Aber vielleicht können Sie sich dazu durchringen, beim gemeinsamen Interesse unseren Antrag mit zu unterstützen.“

Die vergangenen Wochen hätten viele unterschiedliche, teils widersprüchliche Informationen zu den MV Werften mit sich gebracht, bilanzierte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Zu Gutachten, zur Finanzsituation von Genting, zu Übernahmeangeboten. Angesichts dieses Tohuwabohus könne es doch niemanden verwundern, wenn die Opposition eine öffentliche Debatte verlange. Die Betroffenen auf den Werften seien den Negativmeldungen hilflos ausgeliefert. „Sie erwarten zu Recht von uns, dass sie nicht nur dann informiert werden, wenn es

mal Hoffnungsvolles zu verkünden gibt“, sondern auch dann, „wenn die Kacke am Dampfen ist“. Realistisch betrachtet komme nur eine Lösung mit dem Bund infrage. Sicher sei dessen Hilfe aber keineswegs. „Davor kann man sich nicht wegducken.“ Auch wenn sich niemand ein solches Szenario wünsche, müsse man sich Gedanken über alternative Perspektiven machen. „Da bleibt Schiffbau immer noch eine Option, aber eben nicht die einzige.“ Deswegen der Verweis auf den Umgang mit dem Braunkohleausstieg in Mitteldeutschland.

Wolfgang Waldmüller (CDU) sprach von einer „Verantwortungslosigkeit sondergleichen“, die die AfD hier an den Tag lege. „Im Endeffekt haben Sie ganz klar signalisiert, dass Sie die Werften abwickeln wollen. Das ist die Quintessenz Ihrer Aussage heute.“ Vertrauliche Informationen in die Öffentlichkeit zu tragen, bezeichnete er als unredlich. Was dann passiere? „Man fängt an, zu spekulieren.“ Das schüre Verunsicherungen und gründe ein Meinungsbild auf Äußerungen, „die so gar nicht stimmen oder unvollständig oder noch gar nicht zu Ende verhandelt sind“. Für ihn stehe deshalb fest: „Diskussionen über sensible Inhalte haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen.“ Die richtigen Orte dafür seien der Wirtschafts- und der Finanzausschuss. Zum jetzigen Zeitpunkt über Zukunftsperspektiven zu diskutieren, halte er ebenfalls für ein falsches Zeichen nach außen. Es suggeriere, dass eine Abwicklung bevorstehe. „Wir wollen die Zukunft der Werften“, stellte er klar. Die Verhandlungen dazu liefen. „Das ist das einzige Signal, was heute von diesem Plenum nach außen gehen kann.“

„Wirtschaft ist auch ein Stück Psychologie“, legte Finanzminister **Reinhard Meyer** dar. Deswegen sei es wichtig gewesen, dass sich alle Fraktionen in der Juni-Debatte einstimmig hinter die Werften stellten. Dieser Konsens sei nun offenbar aufgeklärt. „Ich habe das so aufgenommen, als hat die AfD den Schiffbau in MV aufgegeben.“ Den Vorwurf, die Landesregierung informiere nicht ausreichend, wies er zurück. Sie habe in den Ausschüssen immer alle Informationen auf den Tisch gelegt. Auch mit den Betriebsräten und Gewerkschaften stehe sie in ständigem Kontakt. „Natürlich vertraulich, weil sich das so gehört.“ Hier gehe es um ein börsennotiertes Unternehmen. „Da sind alle Informationen, die in die Öffentlichkeit gehen, sehr sensibel zu behandeln.“ Wer vertrauliche Informationen an die Presse weiterleite und damit Spekulationen über eine Insolvenz schüre, habe kein Interesse an der Zukunft der MV Werften. „Diejenigen, die das gemacht haben, sind verantwortungslose Gesellen.“ Er versprach, eine Zukunft für die Schiffbauer in MV zu finden.

In der Debatte meldeten sich weitere Redner zu Wort. Die vollständigen Redebeiträge finden Sie zum Nachlesen auf der Website des Landtages (Parlamentsdokumente/Plenarprotokolle) oder zum Nachhören auf dem YouTube-Kanal unter www.landtag-mv.de. Die Anträge der AfD und der Linken fanden keine Mehrheit. Dem Antrag der Koalitionsfraktionen stimmte neben SPD und CDU auch DIE LINKE zu.

Antrag AfD Drucksache 7/5312

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/5315

Antrag SPD/CDU 7/5322

Stichwort Finanzhilfen

Der Finanzausschuss des Landtages hat Ende August zugestimmt, weitere 28 Millionen Euro aus der Lockbox freizugeben. Dabei handelt es sich um die letzte Tranche aus einem 175 Millionen Euro schweren Sicherheitsfonds, den der asiatische Mutterkonzern Genting Hong Kong hinterlegt hat. Das Geld soll helfen, die Geschäfte der MV Werften weiterzuführen. Die Landesregierung setzt weiter darauf, die Werften unter den Corona-Rettungsschirm des Bundes zu stellen.

Stichwort Dringlichkeitsantrag

Welche Themen die Fraktionen in den Landtagssitzungen beraten möchten, müssen sie spätestens zwei Wochen vorher der Landtagspräsidentin mitteilen. Ausgehend davon wird dann die vorläufige Tagesordnung für die Sitzungstage erstellt. Ergeben sich aus dem aktuellen Geschehen heraus weitere Sachverhalte, die Abgeordnete im Landtag diskutieren möchten, können

sie Dringlichkeitsanträge stellen. Die betreffende Fraktion hat dann die Möglichkeit, die Dringlichkeit im Plenum zu begründen. Stimmen mindestens zwei Drittel der Landtagsmitglieder dem zu, kann der Antrag zusätzlich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Geregelt ist das in der Geschäftsordnung des Landtages (§74, Absatz 1).

Film ab!

Land richtet die Filmförderung neu aus und gründet MV Filmförderung GmbH

■ Pappa ante portas. Das weiße Band. The Ghostwriter. Der Usedom-Krimi. Vier Filme, die eines eint: Sie wurden ganz oder teilweise in MV gedreht. Auch wenn Landschaft und Architektur Filmschaffenden reizvolle Kulissen bieten: Ein Selbstläufer ist das nicht. Unser Bundesland als Dreh- und Produktionsstandort zu vermarkten, ist eine wesentliche Aufgabe der Filmförderung. Diese wird von der Landesregierung neu ausgerichtet – in einer landeseigenen „MV Filmförderung GmbH“. Im Kern geht es darum, Ansprechpartner sowie Förderungen zu bündeln und mehr Geld für die Filmförderung bereitzustellen. Ebenfalls geplant ist ein Medienkompetenzzentrum. SPD und CDU drängten auf eine Klarstellung, dass beide Einrichtungen unabhängig voneinander agieren. Sie forderten bis März 2021 ein entsprechendes Konzept – das nach Ansicht der Linken auch den Standort für das Zentrum noch einmal in den Blick nehmen müsse.

Die bisherige Filmförderung sei unübersichtlich, unsortiert und unkoordiniert gewesen, sagte Ministerpräsidentin



Foto: Jens Büttner

Die Schauspieler Claudia Schmutzler und Dominic Boer bei Dreharbeiten 2016 für die ZDF-Vorabendserie „SOKO Wismar“ auf einem Geflügelhof in Niendorf bei Wismar.

Manuela Schwesig. Die neue MV Filmförderung GmbH bündele nun alle Zuständigkeiten in einer Organisation. Mit dem Ziel, den Film als Kulturgut zu stärken und MV für Produzenten attraktiver zu machen. „Warum soll es nicht mal eine international gespielte Netflix-Serie bei uns im Land geben?“ Sie räumte ein, dass das Land in den vergangenen Jahren bei der Filmförderung gespart habe. Dadurch hätten Filmemacher Fördermittel des Bundes nicht abrufen können, weil ihnen die Kofinanzierung im Land fehlte. „Das haben wir mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 geändert. Wir stocken die Mittel für die Filmförderung im nächsten Jahr auf 3,5 Millionen Euro auf.“ Dabei gehe es nicht nur um den kommerziellen Erfolg der Branche.

„Mindestens genauso wichtig ist es für uns, Filme und Filmemacher aus MV zu unterstützen.“

Die AfD lehnt eine landeseigene Filmförderungsgesellschaft ab. Nach der Schlossgastronomie sei dies ein weiteres Beispiel für Zentralisierung, argumentierte **Thomas de Jesus Fernandes.** Die Filmförderung in mehrere Hände zu legen, sei nicht verkehrt gewesen – auch wenn das, was dabei herauskam, nicht immer gut gewesen sei. Als Beispiel nannte er „Wildes Herz“, den Dokumentarfilm über den Musiker der Band Feine Sahne Fischfilet. „Das ist eine Förderung, die gar nicht geht.“ Filmförderung und mediale Bildung voneinander zu trennen, sei richtig. Er verwies auf viele schon bestehende Strukturen,

„MV Filmförderung GmbH“

Die Filmförderung in MV verteilte sich bislang auf unterschiedliche Akteure, wie dem MV Film e.V. oder die Film-land gGmbH Schwerin. Die landeseigene GmbH macht sich zur Aufgabe, die bisherigen Aktivitäten zu bündeln und als einheitlicher Ansprechpartner die Belange der Filmförderung MV nach außen zu vertreten. Im Fokus der Förderung sollen Formate stehen, die sich auf künstlerisch hohem Niveau mit der sozialen und kulturellen Identität MVs auseinandersetzen. Für dieses Jahr stehen im Landeshaushalt drei Millionen Euro für die Filmförderung bereit, im kommenden Jahr 3,5 Millio-

nen Euro. Die landeseigene Filmförderungsgesellschaft soll an zwei Standorten präsent sein: in Schwerin und Wismar. Alleinige Gesellschafterin – und damit auch einziges Mitglied der Gesellschafterversammlung – wird das Land MV. Als Kontrollgremium erhält die Gesellschaft einen vierköpfigen Aufsichtsrat mit Vertretern der Staatskanzlei, des Finanzministeriums, des Wirtschaftsministeriums sowie der Bevollmächtigten des Landes beim Bund. Der GmbH wird zudem ein Beirat an die Seite gestellt. Ihm gehören die Film-land gGmbH, der MV Film e.V., die Medienanstalt Mecklenburg-Vorpommern, der

Verband für Filmkommunikation, der Landrat von Vorpommern-Greifswald, der Oberbürgermeister von Schwerin und der Bürgermeister von Wismar an. Förderungen zu vergeben, obliegt einer Jury. Sie setzt sich aus dem Produzentenverband MV, dem AG DOK e.V., dem HDF Kino e.V., dem NDR und ZDF, einem Fachexperten der Hochschulen, der Staatskanzlei und Festivalvertretern zusammen. Die „MV Filmförderung GmbH“ wird sechs Beschäftigte enthalten: eine Geschäftsführung, einen Referenten/eine Referentin sowie vier Sachbearbeiter/innen.

(Quelle: Landesregierung)

wie die Filmförderung über den NDR oder die Medienanstalt. Werde es dann Parallelstrukturen geben? Unklar bleibe für ihn auch, wo die Kontrolle liege und wer Entscheidungen fälle. „Ich habe nur herausgefunden, das ist immer die Staatskanzlei. Da ist die Frage, ob das gut ist.“

Zentrale Strukturen sind nach Auffassung von **Bernhard Wildt** (CDU) nichts Schädliches. „Wir haben einen Aufsichtsrat. Wir haben einen Beirat. Das entscheidendste Gremium ist die Jury: Sie entscheidet, welches Filmprojekt gefördert wird.“ Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei MV mit einer jährlichen Filmförderung von rund 400.000 Euro bisher schwach aufgestellt gewesen. Das werde sich nun ändern. „Für meine Fraktion steht neben der quantitativen Ausweitung der Filmförderung vor allem der qualitative Aspekt im Vordergrund.“ Es gehe darum, hochwertige Filme zu unterstützen, die neue Blickwinkel auf MV eröffnen, das Landesimage verbessern und positive Begleiteffekte generieren. „Qualitativ hochwertige Filmförderung ist auch Marketing für den jeweiligen Wirtschaftsstandort.“ Als Beispiel führte er Dubrovnik an: Seit die Stadt als Kulisse für die Serie „Games of Thrones“ diene, seien die Besucherzahlen um ein Drittel gestiegen. Über den Standort des geplanten Medienzentrums möchte seine Fraktion nicht mehr diskutieren. „Die Entscheidung ist getroffen.“

„Die MV Filmförderung GmbH muss gegründet werden, keine Frage. Aber so, wie Sie sie jetzt planen, sollte sie nicht bleiben“, wandte **Eva-Maria Kröger** (DIE LINKE) ein. Sie in Wismar und Schwerin an-

zusiedeln, sei rein politisch motiviert. „Die Ideen zur Gründung der Filmförderung GmbH sind offenbar unter permanenter Einbeziehung von zwei Bürgermeistern entstanden statt unter Berücksichtigung der Fachszene.“ Die Probleme und Zerwürfnisse in der Filmszene würden dabei ignoriert. „Da war ganz klar ein starker Regionallobbyismus am Werk.“ Das Medienkompetenzzentrum ebenfalls in Wismar errichten zu wollen, sei falsch. „Richtig wäre, zunächst ein Konzept für die Medienkompetenzförderung zu entwickeln und dann die Standortentscheidung zu fällen.“ Unausgewogenheit auch im Beirat: Hier entfielen vier von sieben Sitzen auf Interessenvertreter von Wismar, Schwerin und Nordwestmecklenburg. „Ich hoffe, Sie merken selbst, dass da etwas nicht richtig sein kann.“

Mehr Geld, mehr Personal, alles aus einer Hand – so fasst **Tilo Gundlack** (SPD) den Neustart der Filmförderung zusammen. „Getragen, begleitet und unterstützt wird das Ganze beginnend durch die Staatskanzlei, dann mit einer Geschäftsführung, dem Aufsichtsrat, einer Gesellschafterversammlung und einem Beirat.“ Das sichere Ausgewogenheit. Seine Fraktion werde diesen Weg mitgehen und Filmemachern den roten Teppich ausrollen. Er denke dabei nicht sofort an Produktionen für Netflix oder Amazon Prime, sondern eher an Naturdokumentationen oder eine Unterstützung für „Soko Wismar“. Das größte Problem der bisherigen Filmförderung seien die Akteure selbst gewesen. „Sie haben sich nie verstanden. Nie!“ Deswegen sei es richtig, die Zuständigkeiten zu straffen. „Wer da mitmachen möchte, ist herzlich dazu eingeladen. Wer sich dem verschließen will, dem kann ich leider auch nicht weiterhelfen.“ Von dem neuen Medienkompetenzzentrum verspreche er sich flächendeckend vernetzte Angebote und Weiterbildungen.

Am Ende der Debatte stimmten SPD, CDU und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig den Anträgen der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen zu. Der Änderungsantrag der Linken fand keine Mehrheit.

Antrag Landesregierung

Drucksache 7/ 5260

Antrag SPD/CDU Drucksache 7/5301

Änderungsantrag DIE LINKE 7/5314

Leere Betten im Schullandheim

DIE LINKE fordert Rettungspaket für Kinder- und Jugendunterkünfte

■ **Klassenfahrten.** An vielen Schulen haben sie zum Anfang oder Ende des Schuljahres Tradition. Im Moment stehen in den Jugendherbergen und Schullandheimen jedoch viele Betten leer. Die meisten Einrichtungen im Land haben nach Corona-bedingten Schließungen zwar wieder geöffnet – leiden jetzt aber darunter, dass Schulen ihre Reisen storniert haben und sich auch mit neuen Buchungen noch zurückhalten. Damit brechen den Unterkünften wichtige Einnahmen weg. Etlliche Häuser bangen um ihre Existenz. DIE LINKE erwartet hier mehr Unterstützung vom Land und mahnt unter anderem weitere Soforthilfen aus dem Sozialfonds des Landes, eine Investitionsoffensive, mehr Geld im nächsten Doppelhaushalt sowie eine vollständige Übernahme von Stornierungskosten an. Der Antrag fand keinen Zuspruch. Die Koalitionsfraktionen verwiesen auf bestehende Hilfsprogramme, die AfD auf die Gemeinnützigkeit der Einrichtungen.

„Für viele Einrichtungen wird dieses Jahr das wohl schwerste in ihrer Geschichte“, skizzierte **Henning Foerster** (DIE LINKE). Allein in der ersten Jahreshälfte seien den Kinder- und Jugendübernachtungsstätten mehr als 80 Prozent der Übernachtungen weggebrochen. Dadurch fehle vielen Einrichtungen das überlebenswichtige Polster für den Winter. Die wirklich kritische Phase komme also erst noch. „Und dafür brauchen die Einrichtungen weitere Unterstützung.“ Zusätzliche Kredite oder Darlehen anzubieten, helfe nicht weiter. „Die aktuelle Ertragslage macht es den meisten unmöglich, die Zinsaufwendungen und Tilgungen zu bedienen.“ Neben finanziellen Hilfen sprach er sich dafür aus, einen Ansprechpartner ins Leben zu rufen, der alle Aktivitäten rund um den Kinder- und Jugendtourismus koordiniere. „Ich hoffe sehr, dass die Koalitionäre ihren Starrsinn an dieser Stelle endlich aufgeben.“ Vom Bil-

Medienkompetenz

Medienkompetenz – dahinter verbirgt sich die Fähigkeit, Medien den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu nutzen. Bewusst, verantwortungsvoll und kreativ. Dabei geht es zum Beispiel darum, Mediensysteme und Angebote zu kennen und zu reflektieren, um sich in der Informationsgesellschaft zurechtzufinden. Zu den Bausteinen von Medienkompetenz gehören deshalb Medienkritik, Medienkunde, Mediennutzung und Mediengestaltung. In MV gibt es viele Akteure, die diese Fähigkeiten und Fertigkeiten in Medienbildungsprojekten vermitteln.



Wie alle Unternehmen der Tourismusbranche sind auch Jugendübernachtungsstätten wie Jugendherbergen von einem durch Corona bedingten Umsatzrückgang betroffen.

dungsministerium wünschte er sich ein klares Signal an Schulen, dass Klassenfahrten ausdrücklich gestattet und auch erwünscht seien. „Ein entsprechendes Schreiben sollte unverzüglich das Licht der Welt erblicken.“

Der Antrag erwecke den Eindruck, das Land habe bislang nichts für die Einrichtungen getan, kritisierte Sozialministerin **Stefanie Drese**. Das sei falsch. MV habe sehr früh Regelungen erarbeitet, um Ferienfreizeiten zu ermöglichen. „Ich weiß, dass viele Betreuerinnen und Betreuer dankbar waren, dass da noch etwas ging.“ Darüber hinaus halte der Sozialfonds Hilfen in Höhe von 3,5 Millionen bereit. „Insgesamt haben wir bis jetzt 54 Anträge mit einem Volumen von rund 2,4 Millionen Euro erhalten.“ Den Topf aufzustocken, sei deshalb im Augenblick nicht notwendig. Sie machte darauf aufmerksam, dass einige Jugendherbergen noch geschlossen hätten, gleichzeitig aber Hilfgelder beantragten. „Das ist erklärungsbedürftig.“ Auch der Bund habe ein Auffangnetz geknüpft: Aus Überbrückungshilfen, die für die Zeit von Juni bis August 80 Prozent der Corona-bedingten Ausfälle erstatten, sowie KfW-Sonderkrediten. Zudem habe der Bund ein weiteres Sonderprogramm in Höhe von 100 Millionen Euro angekündigt, das auch Kinder- und Jugendübernachtungsstätten mit einschließe. Und das eingeforderte Schreiben des Bildungsministeriums gebe es längst, so die Ministerin.

Thomas de Jesus Fernandes (AfD) verwies darauf, dass Jugendherbergen und Schullandheime gemeinnützige Vereine seien und keine Gewinne machen dürften. Folglich könnten auch keine Gewinnausfälle geltend gemacht und ausgeglichen werden. In Bezug auf das Personal hätten die Einrichtungen Anspruch auf Kurzarbeit. Lediglich bei den kalten Betriebskosten könne eine Unterstützung infrage kommen. „Das wäre auch nur fair allen anderen gegenüber im Land, die extreme Einbußen haben, unter denen ganze Familien leiden.“ Sein Resümee: Hilfe ja, damit Kinder und Jugendliche wieder Klassenfahrten machen können. „Aber bitte so, dass die Allgemeinheit nicht exorbitant überbelastet wird.“

Dr. Matthias Manthei (CDU) unterstrich die wichtige Bedeutung der Übernachtungsstätten für die Kinder- und Jugendarbeit. „Nicht umsonst haben Bund und Land erhebliche Hilfen beschlossen.“ Darunter sei auch ein Soforthilfeprogramm. Je nach Bettenzahl führe es zu Zuschüssen von bis zu 75.000 Euro. „Letztlich hat das Land auch die Überbrückungshilfen des Bundes noch ergänzt: Hier können je nach Umsatzrückgang bis zu 1000 Euro je Vollzeitäquivalent gezahlt werden.“ Jetzt schon eine Diskussion über den nächsten Doppelhaushalt zu führen, lehnte er ab. Darüber werde im Hinblick auf die Landtagswahlen der nächste Landtag entscheiden. Eine Koordinierungsstelle zu errichten, käme ebenfalls einer vorgezogenen Haushaltsdiskussion gleich. „Es ist auch nicht klar, was genau

diese Stelle verbessern soll.“ Die vorgeschlagene Investitionsoffensive bleibe für ihn nebulös. „Der Antrag macht gar nicht erst den Versuch, konkreter zu werden oder gar anzugeben, was das Ganze kosten soll.“

Susann Wippermann (SPD) lobte die Fleißarbeit, die sich DIE LINKE mit dem umfangreichen Antrag gemacht habe. „Er beweist, dass Ihnen das Thema Kinder- und Jugendtourismus sehr am Herzen liegt.“ Sich nur auf diesen Teilbereich zu konzentrieren, bereite ihr jedoch Bauchschmerzen. „Solche branchenspezifischen Rettungspakete wecken erfahrungsgemäß Begehrlichkeiten weiterer Branchen und bergen die Gefahr von Neiddiskussionen.“ Auch andere touristische Zweige hätten unter der Pandemie zu leiden. „Wir sollten tunlichst vermeiden, die einen gegen die anderen auszuspielen.“ Die große Herausforderung sei, die gesamte Tourismusbranche über den Winter zu bringen. Das erfordere einen Rettungsschirm für den gesamten Wirtschaftszweig. „Hierzu ist die Landesregierung bereits in Gesprächen mit dem Bund.“ Eine Koordinierungsstelle zu schaffen, bezeichnete sie als überflüssig. „Im Tourismusverband gibt es genügend Ansprechpartner.“ Und auch die Forderung, Stornierungskosten für abgesagte Klassenfahrten in voller Höhe zu übernehmen, sei überholt: Das erfolge bereits. „Insofern kann ich Ihren Antrag nur ablehnen.“

„Die Debatte lässt mich ratlos zurück“, entgegnete **Henning Foerster** (DIE LINKE). Einerseits Verständnis für die Situation der Kinder- und Jugendübernachtungsstätten zu zeigen, andererseits jedoch ablehnend auf Vorschläge zu reagieren, sei frustrierend. Aus nicht abgerufenen Geldern zu schließen, dass es keiner Hilfe mehr bedarf, halte er für falsch. Die Frage sei doch, warum nicht alle Mittel abfließen. „Sind sie zu wenig bekannt? Ist das Antragsverfahren zu kompliziert? Und wenn nichts von beidem zutrifft: Woran liegt es dann?“ Sein Fazit: „Es gab viele nette Worte“, aber keine Aussicht auf konkrete Hilfen. „Das ist sehr bedauerlich und macht schlicht traurig, weil zu befürchten ist, dass viele Einrichtungen den Herbst und Winter nicht überstehen werden.“

Antrag DIE LINKE, Drucksache 7/5274

Meldungen

Nur noch 220 Fischereibetriebe

1160 – so viele Fischereibetriebe haben in den vergangenen 30 Jahre ihre Arbeit eingestellt: Von einst 1380 Betrieben existieren heute nur noch 220. Ihnen setzen Fangquoten zu. Die Auswirkungen der Corona-Krise ebenfalls: Über viele Monate fehlten den Betrieben Abnehmer wie Hotels und Gaststätten. „Die Zukunft der Kutter- und Küstenfischerei in MV ist stark bedroht“, sagt DIE LINKE. Sie erhoffte sich deshalb Unterstützung für ihren Antrag, von der Landesregierung bis Jahresende ein Konzept zum Erhalt des Jahrhunderte alten Handwerks einzufordern – fand dafür aber keine Mehrheit. Für die SPD vermittelte der Antrag den Eindruck, als habe bisher niemand die Bedeutung der Küsten- und Kutterfischerei erkannt. Dem sei aber nicht so. Die Küsten- und Binnenfischerei zu erhalten, sei im Koalitionsvertrag bereits festgeschrieben. Daran werde auch gearbeitet. Die CDU meinte, die meisten Bestimmungen, die den Fischern Ärger machten, kämen aus der EU. Hier brauche es mehr Druck nach Berlin. Die AfD begrüßte das Ansinnen des Antrags, forderte darüber hinaus aber mehr Engagement, um die Ursachen für den Rückgang der Fischbestände zu erforschen. Die beiden fraktionslosen Abgeordneten beteiligten sich nicht an der Debatte, stimmten dem Antrag aber zu.

Antrag DIE LINKE Drucksache 7/5272

Erleichterungen für klamme Kommunen

Kommunen, die aufgrund einer schwachen Finanzlage Haushaltshilfen und Sonderzuweisungen vom Land erhalten möchten, müssen übergangsweise weniger Bedingungen dafür erfüllen. Auf Initiative der Koalitionsfraktionen sollen hilfsbedürftige Städte und Gemeinden vorerst nicht verpflichtet werden, ihre Hebesätze für Gewerbesteuer und Grundsteuer überdurchschnittlich anzuheben. Bislang müssen die Hebe-



Foto: Jens Büttner

Großfischerei und Fangquoten bedrohen die Existenz von Fischereibetrieben.

sätze für diese Realsteuern 20 Punkte über dem Durchschnitt von Vergleichskommunen liegen, bevor Sonderhilfen gezahlt werden. Das soll sicherstellen, dass die Kommunen zuerst eigene Einnahmefähigkeiten ausschöpfen. Die Corona-Krise setze jedoch auch vielen Kommunen stark zu. In dieser Situation sei es nicht vermittelbar, für Zuweisungen an überdurchschnittlichen Hebesätzen festzuhalten, begründeten SPD und CDU ihren Gesetzentwurf. Das gebe Kommunen Spielräume, die Hebesätze für die Jahre 2021 und 2022 auf den Durchschnitt des Haushaltsvorjahres und für 2020 auf den Schnitt von 2017 festzusetzen. Damit wird die bestehende Übergangsregelung für 2020 um zwei Jahre verlängert. Ein Vorschlag, den die Opposition begrüßte. „Steuererhöhungen wären das falsche Signal“, so die AfD. DIE LINKE sprach von einer kleinen, aber wichtigen Änderung, die auch für Unternehmen Erleichterungen mit sich bringe. Der Gesetzentwurf wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

Gesetzentwurf CDU/SPD

Drucksache 7/5278

Mehr als 50 neue Aufgaben

Die Datenschutz-Grundverordnung hat für den Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mehr als 50 neue Aufgaben mit sich gebracht. Allem voran eine hohe Nachfrage nach

Information, Schulung und Beratung. Das geht aus seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 2018 hervor. Mehr Personal habe es aber nicht gegeben. In der Folge könne seine Behörde ihre gesetzlichen Aufgaben nicht vollumfänglich erfüllen, schreibt Landesdatenschutzbeauftragter Heinz Müller in dem Bericht. Nach Angaben von Manfred Dachner, der als Vorsitzender des Petitionsausschusses den Bericht in den Landtag einbrachte, hätten sich die eingegangenen Beschwerden 2018 verdreifacht. Ein Schwerpunkt seien Datenschutz und Datensicherheit im Mail- und Faxverkehr gewesen. Um datenschutzkonformes Verhalten zu erzwingen, habe die Landesdatenschutzbehörde häufig Gebrauch von Zwangsgeldern gemacht. Mit Bußgeldern sei sie dagegen sparsam umgegangen. Der Tätigkeitsbericht weist auch Empfehlungen an die Landesregierung aus. Unter anderem, den Einsatz der Bodycams ergebnisoffen auszuwerten. Die Sorge, dass Bodycams zu einer kontinuierlichen Speicherung von Bild und Ton auf Vorrat führten, sei ausgehend von den Erfahrungen des Pilotprojekts unbegründet, entgegnet die Landesregierung in ihrer Unterrichtung zum Tätigkeitsbericht. Der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit sorgt dafür, dass Behörden, Unternehmen und Vereine ordnungsgemäß mit personenbezogenen Daten umgehen und das Recht des Einzelnen auf informationelle Selbstbestimmung gewahrt wird. Auch Bürger können sich von ihm beraten lassen. Über seine Arbeit im Be-

reich Datenschutz erstellt er jedes Jahr einen Bericht, auf den die Landesregierung – soweit es ihren Verantwortungsbereich betrifft – laut Landesdatenschutzgesetz mit einer Stellungnahme reagieren muss. Beide Berichte erklärte der Landtag einstimmig für erledigt. Unterrichtung Landesbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit
MV Drucksache 7/3658
 Unterrichtung Landesregierung
Drucksache 7/4327
 Beschlussempfehlung Petitionsausschuss
Drucksache 7/5293

Nein zu 13 Euro Mindestlohn

Unternehmen, die Aufträge für das Land oder Kommunen übernehmen wollen, sind verpflichtet, ihren Arbeitnehmern einen Mindestlohn zu zahlen. Aktuell sind das 10,07 Euro (brutto) pro Stunde. Das reicht nicht, um Altersarmut zu verhindern, betont DIE LINKE. Ihre Forderung: Den vergabespezifischen Mindestlohn zum 1. Oktober 2021 auf 13 Euro/Stunde (brutto) anzuheben. In ihrem Gesetzentwurf zur Änderung des Vergabegesetzes schlug sie außerdem vor, soziale Kriterien bei der Auftragsvergabe stärker zu berücksichtigen als bisher. Beschäftigt ein Unternehmen zum Beispiel Auszubildende, Langzeitarbeitslose, Geflüchtete oder Menschen mit Behinderungen oder fördert es die Chancengleichheit und Gleichstellung von Frauen und Männern im Beruf, soll das mit 20 bis 30 Prozent ins Gewicht fallen. Ein dritter Änderungspunkt betrifft den Klima- und Umweltschutz: Er legt fest, umweltfreundlichen und energieeffizienten Produkten, Materialien und Verfahren den Vorzug zu geben. Die AfD machte darauf aufmerksam, dass Auftraggeber die geforderten sozialen und ökologischen Kriterien schon jetzt in ihren Ausschreibungen einfordern könnten. Ein vergabespezifischer Mindestlohn von 13 Euro würde viele Unternehmen in Werkverträge drängen und sich negativ auf die Anzahl der Angebote auswirken. Für die SPD sind die Linken mit ihren Forderungen in der Vergangenheit stehen geblieben. Ihr Bestreben: Über einen Mindestlohn hinauszugehen und öffentliche Aufträge an Tarifentgelte zu binden. Für die CDU

gehen die angestrebten Änderungen an der Lebenswirklichkeit strukturschwacher Gebiete vorbei und bringen nur noch mehr Bürokratie mit sich. Eine Überweisung in die Ausschüsse lehnten SPD, CDU, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe ab. Damit wird der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Zweiten Lesung auf die Tagesordnung gesetzt.
 Gesetzentwurf DIE LINKE
Drucksache 7/5270

Kein zusätzlicher Förderbericht

Welches Unternehmen wird zu welchem Zweck vom Land gefördert? Das wollte die AfD alle drei Jahre in einem Förderbericht zusammengefasst wissen. Dieser soll unter anderem Förderbeträge ausweisen, Innovationen in Wort und Bild beschreiben und abbilden, wie viele Arbeitsplätze dadurch gesichert oder neu gewonnen wurden. Das Land fördere zahlreiche Innovationen und Forschungen. Über Ergebnisse wisse die Öffentlichkeit aber nur wenig, argumentierte die Oppositionsfraktion. Sie verband mit dem Bericht zwei Ziele: Innovationen stärker nach außen zu tragen und die Verwendung der Steuergelder transparenter zu machen. Die bisherige Praxis sei bereits transparent genug, meinte die CDU. Sie sprach mit Blick auf bestehende Instrumentarien wie den Bericht des Landesrechnungshofs von Doppelarbeit, mit der am Ende nichts erreicht werde. DIE LINKE unterstrich ebenfalls, dass all die gewünschten Daten zu jedem einzelnen Förderfall bereits digital verfügbar seien. Von einem Transparenzdefizit könne daher keine Rede sein. Die SPD meldete sich in der Debatte nicht zu Wort. Sie stimmte ebenso wie CDU, DIE LINKE und die fraktionslose Abgeordnete Christel Weißig gegen den Antrag. Der fraktionslose Abgeordnete Holger Arppe unterstützte den Vorschlag der AfD.

Antrag AfD Drucksache 7/5263



Die Corona-Krise hat unter anderem massive Auswirkungen für die Mitarbeiter der Schiffsbaubranche.
 Foto: Jens Büttner

Landeskurzarbeitergeld abgelehnt

Wen die Corona-Krise in Kurzarbeit geführt hat, der soll nach dem Willen der AfD vom ersten Tag an 80 Prozent Kurzarbeitergeld erhalten. Kurzarbeiter mit Kindern 87 Prozent. Die Differenz zu den bestehenden Regelungen des Bundes soll das Land mit einem Landeskurzarbeitergeld ausgleichen, und zwar rückwirkend zum 1. März 2020. Der Gesetzentwurf wurde in Zweiter Lesung abgelehnt. Die SPD sprach von mangelnden Zuständigkeiten. Sie verwies auf die im Bund getroffene Regelung, das Kurzarbeitergeld stufenweise zu erhöhen und ab dem 7. Bezugsmonat 80 bzw. 87 Prozent zu zahlen sowie auf die im August beschlossene Verlängerung der Bezugsdauer. Die CDU hielt die angesetzten Kosten von 1,9 Millionen Euro für zu niedrig kalkuliert und sprach von Politklamauk. DIE LINKE lehnte den Antrag trotz allgemeiner Fürsprache zu dem Thema ebenfalls ab.

Gesetzentwurf AfD
Drucksache 7/4918

Laufende Gesetzgebung

Stand: 03.09.2020

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
7/2573	SPD, CDU	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsgerichtsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2574	SPD, CDU	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Volksabstimmungsgesetzes	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/2575	SPD, CDU	Entwurf eines xx-ten Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 12.09.2018 in Beratung
7/4801 (neu)	LReg.	Entwurf eines Justizvollzugsdatenschutzgesetzes Mecklenburg-Vorpommern sowie zur Änderung weiterer Gesetze des Justizvollzuges	Rechtsausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4878	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Architekten- und Ingenieurgesetzes und des Baugesetzbuchausführungsgesetzes	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/4879	LReg.	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des E-Government-Gesetzes Mecklenburg-Vorpommern	Energieausschuss	1. Lesung: 13.05.2020 in Beratung
7/5241	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zur Modernisierung der Medienordnung in Deutschland	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5256	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bildungsfreistellungsgesetzes	Bildungsausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5257	LReg.	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Hinterlegungsgesetzes (HintG M-V)	Rechtsausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5258	LReg.	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesausführungsgesetzes SGB IX und anderer Gesetze	Sozialausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5278	CDU, SPD	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern (FAG M-V)	Innen- und Europa- ausschuss	1. Lesung: 26.08.2020 in Beratung
7/5261	AfD	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5262	AfD	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesrichtergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesrichtergesetz - RiG M-V)	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Überweisung
7/5270	DIE LINKE	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern	-	1. Lesung: 26.08.2020 Ablehnung der Überweisung

Abgeschlossene Gesetzgebung

im Plenum am 26. August 2020 entschieden

Stand: 03.09.2020

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
7/4918	Landeskurzarbeitergeldgesetz für Mecklenburg-Vorpommern	AfD	1. Lesung: 13.05.2020 2. Lesung: 26.08.2020	Ablehnung
7/4996	Entwurf eines Siebenten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Schulgesetz - SchulG M-V)	AfD	1. Lesung: 10.06.2020 2. Lesung: 26.08.2020	Ablehnung
7/5003	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung des Insolvenzordnungsausführungsgesetzes	DIE LINKE	1. Lesung: 10.06.2020 2. Lesung: 26.08.2020	Ablehnung

Foto: Uwe Sinnecker



Professor Dr. Giovanni Maio sensibilisierte als Direktor des interdisziplinären Ethikzentrums und des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin in Freiburg die Kommissionsteilnehmer mit seinem Vortrag für die derzeitigen Bedingungen medizinischer Versorgung.

Foto: Landtag MV

Kritischer Vortrag

Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ tagt im Schlossinnenhof

■ Im Innenhof des Schweriner Schlosses hielt der Medizinethiker und Professor Dr. Giovanni Maio ein Plädoyer für mehr Patientenorientierung im Gesundheitswesen. Der Politik warf er falsche Weichenstellungen vor.

Die 3. Sitzung der Enquete-Kommission „Zukunft der medizinischen Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern“ am 19. August begann mit einem öffentlichen Vortrag des Professors Dr. Giovanni Maio. In Freiburg ist Maio seit 2005 Direktor des interdisziplinären Ethikzentrums und des Instituts für Ethik und Geschichte der Medizin. In über 300 Publikationen hat sich Maio mit ethischen Grundfragen des ärztlichen Handelns und des medizintechnischen Fort-

schritts auseinandergesetzt. Er kritisiert die Machbarkeitsvorstellungen einer technisierten Medizin und tritt für eine neue Ethik der Besonnenheit ein.

Die Kommission hatte in ihrer 2. Sitzung am 12. August beschlossen, Maio als Vortragsredner einzuladen, um Problemfelder der medizinischen Versorgung aufzuzeigen und so Denkanstöße für die weitere Kommissionsarbeit zu erhalten. Die Enquete-Kommission tagt grundsätzlich öffentlich, was in Zeiten der Corona-Pandemie jedoch nur bedingt möglich ist. Um der Veranstaltung dennoch den passenden Rahmen zu bieten und möglichst vielen interessierten Personen die Möglichkeit der Teilnahme zu eröffnen, wurde der Vortrag in den Innenhof des Schweriner Schlosses verlegt. Dort konnten die für die aktuellen Kulturveranstaltungen im Schweriner Schloss aufgebaute Bühne sowie die Bestuhlung genutzt werden.

Maio sprach sich für die Abkehr von der Profitmaximierung in der Medizin aus: „Die Entscheidung, die politisch gefällt worden ist, sich staatlich zurückzuziehen und es dem Markt zu überlassen, wie die Landschaft der Medizin aus-

zusehen hat, war keine gute Entscheidung.“ Das Finanzierungssystem mit Fallpauschalen (DRGs), in Deutschland anfangs des Jahrtausends eingeführt, führe zum einen zu einer medizinisch nicht indizierten Leistungsausweitung. Zum anderen gebe es unprofitable Patienten, die keine adäquate Versorgung erhielten. Ärzte, die gezwungen würden, mehr Gewinn zu machen, kämen in Interessenkonflikte, die „für den Patienten ein Risiko darstellen.“ Auch das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient gehe so verloren. Die Frage sei nicht mehr, wie die Not der Patienten gelindert werden könne, sondern wie aus der Not Rendite gezogen werden könnte. „Der Arzt muss frei sein in seiner Therapieentscheidung. Das ökonomische Interesse darf die Empfehlung für den Patienten nicht tangieren.“ Denn der Markt wisse nicht, was gute Versorgung ist. Das Fazit und die Empfehlung Maios: „Wir müssen Medizin als staatliche Aufgabe neu denken.“ Die Zukunft dürfe dabei nicht als Fortschreibung der Gegenwart gedacht werden. Anschließend folgte eine lebhaft diskussion unter den Mitgliedern der Enquete-Kommission.

"Vision 2030" für die Ostsee

Zusammenhalt trotz Distanz /
Virtuelle Ostseeparlamentarier-
konferenz (BSPC)

■ Am 24. August tagte die 29. Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) unter Beteiligung von Abgeordneten des Landtages MV. Da das Treffen im litauischen Vilnius aufgrund der Corona-Beschränkungen abgesagt werden musste, wurde die Konferenz zum ersten Mal seit ihrer Gründung im Jahr 1991 in digitaler Form abgehalten. Trotz des ungewöhnlichen Formats und der damit verbundenen Einschränkungen kamen insgesamt 140 Vertreterinnen und Vertreter der Regierungen, Parlamente, internationalen und regionalen Organisationen und Institutionen zusammen, um über die aktuellsten Herausforderungen im Ostseeraum zu diskutieren. Mit dabei: Beate Schlupp, 1. Vizepräsidentin des Landtages MV und der Abgeordnete Jochen Schulte.

In drei Sitzungen, die durch das übergreifende Thema „Vision 2030: Handeln für die Zukunft der Ostseeregion“ miteinander verbunden waren, wurden Fragen der Nachhaltigkeit, des Meeresschutzs sowie der Migration und Integration beleuchtet und besprochen. Auch in diesem Jahr verabschiedeten die Delegierten einstimmig die Konferenzresolution, was dem Präsidenten der 29. BSPC, Herrn Valerijus Simulik, Anlass gab, mit Stolz die traditionell konstruktive, kooperative und kompromissorientierte Arbeitsatmosphäre der Ostseeparlamentarierkonferenz zu betonen. In der Resolution werden die Regierungen der Staaten der Ostseeregion, der Ostseerat und die EU aufgefordert, ihre Arbeit in Bereichen wie der Bekämpfung der Folgen der COVID-19-Pandemie, dem Schutz der Meere und Ozeane, der Digitalisierung sowie der Migration zu intensivieren und interregionale Kooperationen in diesen Themenfeldern zu fördern.



Der Landtagsabgeordnete Jochen Schulte (SPD) berichtete über die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kreuzfahrtschifffahrt, Werften und Zulieferer.



Die Erste Vizepräsidentin des Landtages MV, Beate Schlupp (CDU), nahm digital an der virtuellen Ostseeparlamentarierkonferenz teil.

Mehrmals hervorgehoben wurde während der Konferenz die besondere Bedeutung des internationalen parlamentarischen Austauschs gerade in Zeiten, die durch Grenzschließungen und Beschränkungen persönlicher Begegnungen gekennzeichnet sind. Die BSPC bleibe auch in Pandemie-Zeiten ein wichtiges Forum, in dem Brücken geschlagen, Erfahrungen ausgetauscht und der politische Dialog über gemeinsame Probleme und Lösungen aufrechterhalten werden.

Auch wenn die aktuellen Entwicklungen in Belarus nicht auf der Tagesordnung standen, wurden sie in den Eröffnungsreden des Präsidenten der Republik Litauen, Gitanas Nausėda, und des Sprechers des Seimas der Republik Litauen, Viktoras Pranckietis, explizit angesprochen. Dabei wurde daran erinnert, dass für die Baltischen Staaten die unterstützenden Worte aus dem Ausland bei der demokratischen Transition vor 30 Jahren eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten. Darüber hinaus wurde bemerkt, dass eine Zukunftsvision für die Ostseeregion auch Belarus

einschließen würde. Die aktuellen Herausforderungen für Demokratie, vor dem Hintergrund der COVID-19-Pandemie sowie der sich verändernden Medienlandschaft, wurden als Schwerpunkte des schwedischen BSPC-Vorsitzes für das 30. Jubiläumjahr der Ostseeparlamentarierkonferenz identifiziert.

Fragen zu Meeressicherheit und -schutz gehören traditionell zu den Bausteinen der internationalen und zwischenparlamentarischen Kooperation in der Ostseeregion. Auch wenn Munitionsaltlasten am Meeresboden ein altbekanntes Problem darstellen, ist das Thema nicht weniger strittig. Umso bemerkenswerter ist die Tatsache, dass die Resolution der 28. Ostseeparlamentarierkonferenz eine grenzüberschreitende nachhaltige Strategie für den Umgang mit Blindgängern und vergrabener/ abgelagerter Munition in der Ostsee forderte. Auf Basis dieses Resolutionspunktes wurde im November 2019 Peter Stein, Mitglied des Deutschen Bundestags, zum BSPC-Berichtersteller für Munitionsaltlasten ernannt.

Bei der 29. BSPC stellte Peter Stein seinen ersten Zwischenbericht vor, der einen Überblick über die existierenden nationalen und internationalen Projekte zu Altmunitionen und Sprengstoffen in der Ostsee bietet. Darüber hinaus unterbreitete er den Vorschlag, weiterhin in Richtung Standardisierung des Datenflusses und des flächendeckenden Monitorings zu arbeiten sowie einen frei-

willigen Geberfonds für die Räumung der Munitionsaltslasten einzurichten. In diesem Zusammenhang begrüßte auch, Beate Schlupp, Erste Vizepräsidentin des Landtages, in ihrem Bericht über die Arbeit der Helsinki Kommission (HELCOM) einerseits die Priorisierung des Themas Munitionsaltslasten, Schiffswracks und Geisternetze durch den deutschen HELCOM-Vorsitz 2020–2022 und andererseits die Bemühungen, entsprechende Ziele und Maßnahmen in den aktualisierten HELCOM Ostseeaktionsplan einfließen zu lassen.

Traditionell werden auf der Konferenz die Berichte der BSPC-Beobachter und Berichtersteller vorgestellt. Der Landtag ist stolz, drei Berichterstattungsmandate ausführen zu dürfen. Als Maritimer Berichtersteller informierte Jochen Schulte die Delegierten zunächst über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der Integrierten Maritimen Politik. Dabei ging er auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Kreuzfahrtschifffahrt, Werften und Zulieferer, das von der EU beschlossene Konjunktur-

paket und die Soforthilfen für Fischerei und Aquakultur sowie die bevorstehende Reduktion der CO₂-Emissionen der Schifffahrt ein. Nicht zuletzt sprach er über die vom US-Amerikanischen Senat verhängten Sanktionen gegen an Nord Stream 2 beteiligten europäischen Firmen und betonte, dass es dabei auch um die Souveränität der EU gehe.

Als BSPC-Beobachterin bei HELCOM fasste Beate Schlupp die Arbeit der Kommission im vergangenen Jahr zusammen. Sie sprach unter anderem über die laufende Aktualisierung des HELCOM Ostseeaktionsplans und die Ergebnisse des 41. Ministertreffens.

Zusätzlich wurde durch Beate Schlupp der Bericht über die Fortschritte und Entwicklungen im Bereich des nachhaltigen Tourismus vorgetragen. Aufgrund der Grenzschließungen und Kontakteinschränkungen hätte die Tourismusindustrie einen schweren Schlag erlitten. Während Prognosen zufolge sich der Binnentourismus in Europa schneller erholen sollte, sei der bereits entstandene

Schaden enorm. Gleichzeitig könne die Krise als Gelegenheit gesehen werden, über die strukturelle Transformation des Tourismus und der Mobilität nachzudenken. In diesem Zusammenhang könnte das Tourismus- und Verkehrspaket der Europäischen Kommission vom Mai 2020 einen wichtigen Anstoß in Richtung Nachhaltigkeit und Digitalisierung bieten.

Der Landtag MV wird durch sechs Delegationsmitglieder in der Konferenz vertreten, zu denen Landtagspräsidentin Birgit Hesse (SPD), die Erste Vizepräsidentin Beate Schlupp (CDU), die Abgeordnete Dirk Friedriszik (SPD), Karsten Kolbe (DIE LINKE), Nikolaus Kramer (AfD) sowie Jochen Schulte (SPD) als Berichtersteller für Integrierte Maritime Politik zählen.

Weitere Informationen einschließlich Programm und Berichte sind aufrufbar unter: <http://www.bspc.net>

Frist verlängert

Umweltpreis 2021 zu „Vermeidung von Lebensmittelverschwendung“

■ Die Frist für Einreichungen für den Umweltpreis 2021 zum Thema „Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung“ wurde bis zum 30. Oktober 2020 verlängert.

„Es ist mir eine ganz besondere Freude, nach 2016 und 2018 bereits zum dritten Mal in der laufenden Legislaturperiode als Vorsitzende des Agrarausschusses des Landtages MV, der gleichzeitig als Jury für die Vergabe des Umweltpreises fungiert, die Ausschreibung und Verleihung dieser einzigartigen Auszeichnung begleiten zu dürfen“, so Elisabeth Aßmann, die Vorsitzende des Agrarausschusses. Nach wie vor ist der Landtag MV das einzige Landesparlament im deutschsprachigen Raum, das mit einem Preis interessante Projekte und Aktivitäten zum Wohle der Umwelt würdigt.



Landtagspräsidentin Birgit Hesse (l.) mit den Preisträgern des Landesumweltpreises 2018/2019 und der Agrarausschussvorsitzenden Elisabeth Aßmann (r.).

Die Ausschreibung richtet sich ebenso an Kinder und Jugendliche („Jugendumweltpreis“) wie auch an Einzelpersonen, Personengruppen (Verbände, juristische Personen, Körperschaften, Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen – „Umweltpreis“). Mit der Bewertung in diesen beiden Gruppen wird einerseits den unterschiedlichen Möglichkeiten der Bewerber Rechnung getragen. Andererseits werden Kinder und Jugendli-

che zielgerichtet dabei unterstützt, einen Beitrag zum Natur- und Umweltschutz zu leisten.

„Trotz der gegenwärtig keineswegs einfachen Bedingungen hoffe ich auf zahlreiche, qualitativ hochwertige Bewerbungen und bedanke mich schon jetzt recht herzlich für Eurer/Ihr Interesse sowie Engagement im Sinne unserer Umwelt“, so Elisabeth Aßmann, Vorsitzende des Agrarausschusses des Landtages MV.

Foto: Landtag MV



Fotos: Landtag MV

Vertreter des Finanzausschusses, des Fördervereins und des Finanzministeriums vor dem Schloss Ludwigsburg



Ausschussmitglieder im Eingangsbereich des Schlosses Ludwigsburg



Die Ausschussmitglieder besichtigen einen der sanierungsbedürftigen Räume im Schloss Ludwigsburg.

Schlössertour

Finanzausschuss führte Informationsbesuche auf Schloss Ludwigsburg und Schloss Hohenzieritz durch

■ Der Finanzausschuss hat in seiner 90. Sitzung am 7. September einen Informationsbesuch auf den Schlössern Ludwigsburg und Hohenzieritz durchgeführt. Der Ausschuss hat damit seine für die 7. Wahlperiode voraussichtlich letzten Informationsbesuche unternommen, in denen er verschiedenste Einrichtungen und Institutionen, die mittelbar oder unmittelbar Mittel aus dem Landeshaushalt für den Betrieb selbst oder für Baumaßnahmen erhalten, besichtigt, um sich vor Ort einen eigenen Eindruck von der Mittelverwendung und möglichen künftigen Anstrengungen und Herausforderungen machen zu können.

Schloss Ludwigsburg

Auf Schloss Ludwigsburg wurden die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Vertreter des Finanzministeriums von Mitgliedern des Fördervereins sowie Mitarbeitern des Staatlichen Bau- und Liegenschaftsamtes Greifswald begrüßt. Anschließend wurden die Abgeordneten in der alten Stellmacherei über die bisher durchgeführten Maßnahmen und die noch bevorstehenden Bau- und Sanierungsarbeiten informiert. Nach dieser Einführung konnten sich die Teilnehmer im Rahmen einer Führung durch das Schloss einen eigenen Eindruck über die Bausubstanz und den historischen Wert des Schlosses verschaffen.

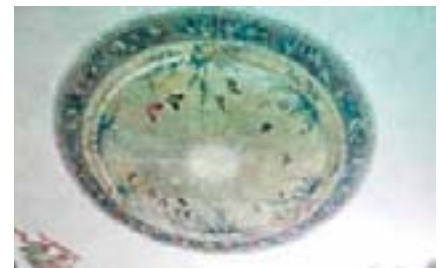
Das Schloss Ludwigsburg war erst vor einiger Zeit durch das Land angekauft und am 27. Januar 2020 in den Landesbesitz übernommen worden. Auch wenn der Gesamtzustand der Bausubstanz nach Einschätzung des Finanzministeriums trotz des hohen Alters des Gebäudes gar nicht schlecht sei, habe man bereits einige Sofortmaßnahmen durchgeführt sowie weitere Aufgaben vor sich. Hierzu zählten neben diversen statischen Sicherungsmaßnahmen und Abstützungen im Treppengewölbe unter anderem auch ein Rissmonitoring, die Beauftragung eines Baugrundgutachtens sowie eines Holzschutzgutachtens.



Das Schloss Hohenzieritz.



Vertreter des Finanzausschusses und des Finanzministeriums vor dem Schloss Hohenzieritz.



Eine erhaltene Deckenverzierung im Schloss Hohenzieritz.



Die Luise-Gedenkstätte auf Schloss Hohenzieritz.

Schloss Hohenzieritz

Als zweiter Termin stand der Besuch des Schlosses Hohenzieritz auf dem Plan des Finanzausschusses. Hier wurden die Ausschussmitglieder zunächst durch den Park beziehungsweise durch den Garten geführt. Hierbei erfuhren die Anwesenden, dass es sich um einen der ältesten erhaltenen englischen Landschaftsgärten handelt. Einen solchen frühen englischen Landschaftsgarten gebe es nicht einmal mehr in England, wusste der Vertreter des Finanzministeriums zum Erstaunen der Ausschussmitglieder zu berichten. Während des Rundgangs wurde ferner darauf hingewiesen, dass auch der Baumbestand im

Park/Garten mit der extremen Trockenheit der vergangenen Jahre zu kämpfen habe.

Im Schloss selbst wurden die Abgeordneten von der leitenden Mitarbeiterin im ehemaligen ägyptischen Saal über das Potential des Schlosses informiert. Zwar sei nach ihrer Auffassung auch das Marketing, insbesondere in Bezug auf den englischen Landschaftsgarten, noch verbesserungswürdig, jedoch bestehe das größte Problem in der Erreichbarkeit des Schlosses. Es sei keine hinreichende Busverbindung vorhanden, sodass man diesen Ort lediglich

per Auto oder per Rad erreichen könne. Dies sei ein großes Manko.

Zum Abschluss des Informationsbesuches hat der Finanzausschuss die Gedenkstätte zu Ehren der 1810 im Schloss verstorbenen Königin Luise zu Preußen besichtigt, die im Erdgeschoss des Schlosses untergebracht ist.

Fährlinien im Blickpunkt

Expertengespräch zu Situation und Zukunft

■ Während seiner 83. Sitzung hat der Energieausschuss ein Expertengespräch über die „Situation und Zukunft von Fährverbindungen in Mecklenburg-Vorpommern“ durchgeführt. Teilnehmer waren Vertreter der Hafengesellschaften Sassnitz/Mukran und Rostock Port sowie Vertreter der Fährlinienbetreiber Stena Line, Scandlines und TT-Line. Hintergrund für die Ausschussinitiative war die Einstellung der sogenannten Königslinie im Februar 2020, die seit 1897 zwischen Sassnitz und Trelleborg als kombinierte Eisenbahnfähre verkehrt.

Der Energieausschuss hatte sich vor diesem Hintergrund darauf verständigt, die Auswirkungen der internationalen Verkehrs- und Logistikentwicklungen auf das Land vertieft zu erörtern. Denn sowohl die weltweit stattfindende Verkehrsverlagerung auf die Straße (Modal Shift) als auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie stellen die Unternehmen im Land vor große Herausforderungen. Weitere Brisanz für die hafenaufine Wirtschaft werden zukünftig auch die geplanten Tunnelverbindungen zwischen Deutschland und Dänemark (Fehmarnbeltquerung) sowie Dänemark und Schweden (zusätzliche Öresundquerung) mit sich bringen.

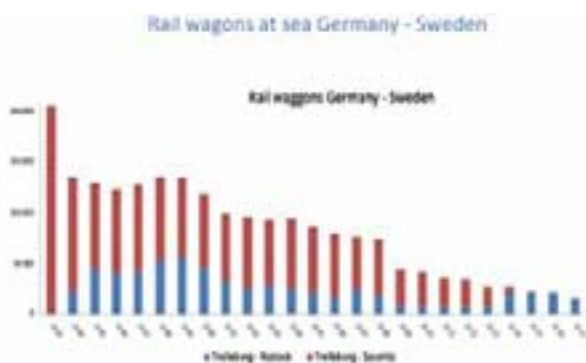
Der Ausschuss wurde darüber informiert, dass die Kombiverkehre (Passagiere, Lkw und Züge) zwischen Sassnitz und Trelleborg bereits während der Finanzkrise 2008/09 drastisch zurückgegangen seien und insbesondere die DB AG wesentliche Anteile ihrer Güterverkehre per Bahn über das dänische Festland und die Öresundbrücke nach Skandinavien umgeleitet habe. Als weiteres Problem für den Standort Sassnitz wurde herausgestellt, dass der Hafen ebenfalls unter den langjährigen Verkehrsproblemen beim Ausbau der B96 gelitten habe und mit dem Hafen von Swinemünde im Wettbewerb stehe. Im Ergebnis seien die Schwierigkeiten auch mit der staatlichen Förderpolitik Dänemarks sowie Polens verbunden, die deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb benachteilige. Umso mehr freue man sich darüber, dass es gelungen sei, ab dem 17. September 2020 eine alternative Fährverbindung zur „Königslinie“ von Sassnitz nach Ystad einzurichten.

Eine größere Bedeutung für Fährverbindungen im Land habe der Hafen Rostocks, der inzwischen mit einer hervorragenden Infrastruktur (Autobahn und Bahnanschluss) als Universalhafen ausgestattet sei. Ein weiterer Vorteil sei, dass es dort Fährverbindungen unterschiedlicher Anbieter und einen höheren Fährtakt nach Skandinavien gebe. Damit entfielen, im Gegensatz zu Sassnitz, vielfach längere Wartezeiten für die Spediteure. 60 % der dortigen Fährverkehre seien dem kombinierten Verkehr (bis 2,5 Mio. Passagiere, Fahrzeuge und Züge/Jahr) zuzuordnen. Allerdings wurde bemängelt, dass eine leistungsfähige Fähranbindung nach Osteuropa fehle.

Seitens der Fährlinienbetreiber wurde im Wesentlichen ausgeführt, dass sich das Frachtaufkommen in den Häfen seit der Inbetriebnahme der Beltquerungen reduziert habe und man hauptsächlich auf Kurzstreckenverkehre ausgerichtet sei. Insofern seien zukünftige Investitionen in Fahren auf Zukunftstechnologien ausgerichtet, insbesondere um im Wettbewerb mit den Brückenverbindungen konkurrieren zu können.

Im Ergebnis des Expertengesprächs wurden besonders nachteilige Auswirkungen durch den geplanten Fehmarnbelttunnel für die Häfen im Land nicht gesehen, da deren Frachtverkehre im Wesentlichen auf andere Zieldestinationen und Verkehre als in Swinemünde, Travemünde, Puttgarden und Kiel ausgerichtet seien. Auch wurden die Verkehrsprognosen Dänemarks zum 7,5 Mrd. Euro teuren Fehmarnbelttunnel in Zweifel gezogen. Des Weiteren wolle sich der Hafen Rostocks verstärkt um die Ansiedlung von Zukunfts- und Energietechnologien sowie um die Nutzung nachhaltiger Schiffstechnologien bemühen, um wirtschaftlich gerüstet zu sein. Positive Auswirkungen auf die Hafenwirtschaft werden mit der sogenannten neuen Seidenstraße erwartet. An die Politik wurde appelliert, dass sich der Bund für einen fairen Wettbewerb in Europa starkmache und zudem als Alleingesellschafter der DB AG für eine nachhaltige und zukunftsweisende Bahnstrategie im Güterverkehrsbereich unter Einbeziehung des Eisenbahnfährverkehrs einsetzen müsse; unter anderem auch unter Sicherheitsaspekten zur Aufrechterhaltung der europäischen Güterverkehre.

Eisenbahnverkehr Deutschland - Schweden



Untersuchung der schwedischen Regierung zur Unterstützung der Eisenbahnfährroute Rostock-Trelleborg seit Juni 2020

Quelle: Stenaline



Die Filmvorführung konnte dank des guten Wetters im Innenhof des Schweriner Schlosses stattfinden.



Regisseurin Britta Wauer



Fotografin/Autorin Manuela Koska-Jäger



Landtagspräsidentin Birgit Hesse

Filmabend im Schlossinnenhof

Würdigung des ehemaligen Landesrabbiners William Wolff

■ Im Gedenken an den ehemaligen Landesrabbiner William Wolff hat Landtagspräsidentin Birgit Hesse am 8. September zur Präsentation des Films „Rabbi Wolff – ein Gentleman vor dem Herrn“ in den Schlossinnenhof eingeladen. William Wolff war am 8. Juli im Alter von 93 Jahren verstorben.

Im Gespräch mit Britta Wauer, der Regisseurin des Films, und Manuela Koska-Jäger, Fotografin, Autorin und Wegbegleiterin, bedauerte Birgit Hesse den Verlust William Wolffs:

„Viele Menschen kannten und schätzten ihn – seine Präsenz, seine Persönlichkeit fehlen jetzt plötzlich – und das für immer. Mit dem Vorführen des Films „Rabbi Wolff – ein Gentleman vor dem Herrn“ wollen wir heute an diesen ganz besonderen Menschen erinnern, der es mit seiner Strahlkraft geschafft hat, das jüdische Leben in ganz Mecklenburg-Vorpommern in das Bewusstsein und die Wahrnehmung der Menschen zu tragen“, sagte Landtagspräsidentin Birgit Hesse.

Die Fotografin und Autorin Manuela Koska-Jäger begleitete William Wolff

viele Monate für ihr Buch „Abraham war Optimist“. Zeitgleich dokumentierte die Regisseurin Britta Wauer den Alltag William Wolffs sowie seine zahlreichen Begegnungen in anrührenden Bildern. Herausgekommen ist der emotionale Film „Rabbi Wolff – ein Gentleman vor dem Herrn“.

„In seiner Zeit als Landesrabbiner und auch danach war William Wolff für viele im Landtag ein wichtiger Gesprächspartner: wenn es um Religion, aber auch wenn es um das gesellschaftliche Miteinander als Ganzes ging.“ so Landtagspräsidentin Birgit Hesse. „Mit dem Abend wollen wir an jemanden erinnern, der es geschafft hat, das Jüdische Leben in Schwerin, in Rostock, in Wismar und in ganz Mecklenburg-Vorpommern in den Alltag der Menschen (zurück)zu holen.“

Historisches mit vier Reißzwecken

Dr. Irmela Grempler war 1990 am Aufbau des Landtages maßgeblich beteiligt

■ Im Oktober 2020 jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem der Landtag des neu gegründeten Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern ins Schweriner Schloss einzog. Das Jahr vor dem Einzug war eines der spannendsten und abwechslungsreichsten der jüngeren deutschen Geschichte. Am 9. November 1989 war nach 28 Jahren die innerdeutsche Grenze geöffnet worden. Bis zur Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 überschlugen sich in der DDR die Ereignisse. Manche Details drohen in Vergessenheit zu geraten. Deshalb wollen wir Zeitzeugen zu Wort kommen lassen, die diese so ereignisreiche Phase in Bezug zum Schweriner Schloss miterlebt haben und diese Details erinnern.

Im frühen Sommer 1990 stand ein Termin für die Wiedervereinigung noch nicht fest. Die Abschaffung der Bezirke und die Aufteilung der DDR in Länder aber war längst beschlossene Sache. Rostock und Schwerin stritten vehement, welche Stadt Landeshauptstadt von Mecklenburg-Vorpommern werden sollte. Das Schweriner Schloss spielte jedoch wenige Monate vor der Entscheidung als möglicher Landtagsitz noch keine entscheidende Rolle. „Das Gebäude der SED-Bezirks-Parteihochschule schien zunächst ein idealer Ort“, berichtet Irmela Grempler. „Dort gab es ein großes Auditorium, das sich als Plenarsaal eignete, Seminarräume für die Fraktionen, eine Kantine und ein Bettenhaus, in dem auswärtige Abgeordnete hätten übernachten können.“ Erst nach einer Podiumsdiskussion zur Hauptstadtfrage auf „neutralem“ Boden in Neustrelitz wurde der Schweriner Delegation klar, dass sie etwas Prunkvolleres als den Plattenbau der Parteihochschule im Schweriner Neubaugebiet „Großer Dreesch“ in die



Dr. Irmela Grempler

Foto: A. Frost

Waagschale werfen musste, um gegenüber Rostock bestehen zu können. „Da erst kam das Schloss als möglicher Landtagsitz ernsthaft ins Spiel“, erinnert sich Irmela Grempler.

Sie hatte Außenhandel studiert und ist promoviert. In Schwerin arbeitete sie seit den 1980er Jahren in der Bezirks-Plankommission. Sie wußte, wie marode viele, vor allem bezirksgeleitete Betriebe waren. „Da habe ich manchmal den Glauben an die Wirtschaftskraft der DDR verloren“, erinnert sie sich. Im September 1989 wagte sie gemeinsam mit Kollegen einen Affront: „Wir schrieben unserem Chef, ich könne ihm zwar einen Plan fürs nächste Jahr ausarbeiten, aber ohne Steigerungen.“ Ein Plan ohne Steigerungen? Damals ein Unding. Irgendjemand erinnerte sich an ihren kritischen Blick und holte sie im Winter 1990 wegen ihrer Verwaltungserfahrung mit an den Runden Tisch in Rostock. Danach beim Aufbau einer neuen Verwaltung mitzuarbeiten, ergab sich Schritt für Schritt.

Zur Hauptstadt-Diskussion in Neustrelitz im Juli begleitete sie als Expertin den Regierungsbevollmächtigten des Bezirks Schwerin, Georg Diederich. Er stand der im Mai installierten Bezirksverwaltungsbehörde vor. Irmela Grempler leitete die Abteilung für Regionalplanung und Wirtschaftsförderung. Zusammen mit Beratern aus den alten Bundesländern und Kollegen aus den drei Nord-Bezirken arbeitete sie am Planungsgesetz für das künftige Mecklenburg-Vorpommern und entwickelte Verwaltungsstrukturen für das Land. Welche Ministerien und Be-

hörden werden gebraucht, wo sollen sie angesiedelt werden? „Wir favorisierten dezentrale Lösungen“, so Grempler, „damit sich nicht alles in einer Landeshauptstadt konzentriert.“ Beim Streitgespräch in Neustrelitz konnte sie damit bei den Vertretern so mancher Landkreise punkten.

Die Schweriner, und Irmela Grempler zählte dazu, hatten inzwischen eine Werbekampagne gestartet. Zwar sollte der Landtag die Hauptstadtfrage entscheiden. Eine Weichenstellung erhofften sie sich aber von den Voten der 31 Kreistage und sechs Stadtverordnetenversammlungen, die im Mai gewählt worden waren. Die Schweriner holten so viele Kreis-Politiker wie möglich in gecharterten Bussen nach Schwerin, damit sie die Stadt und ihre Möglichkeiten kennenlernten. Viele seien noch nie in Schwerin gewesen, erinnert sich Grempler. „Alle Gruppen wurden nach Informationsrunden mit Steak und Pommes im 'Haus der Kultur' und mit Sachertorte bei einer Rundfahrt auf dem Schweriner See versorgt.“ Der Appetit auf dieserlei war ihr danach für einige Zeit vergangen.

Die Abstimmung der Kreis-Gremien gewann Schwerin mit 17 zu 9 Stimmen. Elf Voten wurden aus formalen Gründen nicht gewertet – auch das Votum der Stadtverordnetenversammlung, Schwerins. Dennoch legten die Schweriner die Hände nicht in den Schoß. In den knapp zwei Wochen zwischen der Landtagswahl am 14. Oktober und der konstituierenden Sitzung am 26. Oktober luden sie die gewählten Abgeordneten ein, um sie für Schwerin einzunehmen. „Sogar Rundflüge über die Stadt waren möglich“, so Irmela Grempler. Am Tag der Landtagseröffnung fand jeder Abgeordnete als wohlwollende Geste einen Stadtplan und eine bebilderte Schwerin-Broschüre auf seinem Platz. Am Abend waren für die Parlamentarier die besten Plätze im Theater reserviert. Am 27. Oktober gewann Schwerin die Abstimmung über die Landeshauptstadt mit 40 zu 25 Stimmen. Es gab eine Enthaltung. Irmela Gremplers Einsatz im Wettstreit um die Landeshauptstadt war nicht ihre Hauptaufgabe. Im Spätsommer wurde der Neubrandenburger Regierungsbevollmächtigte Martin Brick zum Landesbeauftragten für die drei Nord-Bezirke



Foto: A. Frost

Gruppenfoto vor dem Säulengebäude am Schweriner Markt im Jahr 1990. Noch vor der konstituierenden Sitzung des Landtages hatte die Stadt gewählte Abgeordnete nach Schwerin eingeladen, um für sich als mögliche Landeshauptstadt zu werben.

ernannt. Am 6. September fiel der Startschuß für die Vorbereitung der ersten Landtagsitzung im Schweriner Schloss, wo der zwölfköpfige Aufbaustab mit Irmela Grempler als stellvertretender Leiterin sofort Quartier bezog. In wenigen Wochen mussten zahlreiche Details geklärt werden. „Dabei gab es keine Vorbilder, niemanden, der schon einmal ein neues Bundesland aus der Taufe gehoben hatte“. Auch die Berater aus dem Westen hatten nicht auf alles eine Antwort parat. Um 53 Räume für das Parlament herrichten zu können, mussten bisherige Nutzer des Schlosses ausziehen. Einladungen für die Eröffnungssitzung mussten verschickt werden. Aber wer war dafür zuständig, wenn es keinen Präsidenten eines scheidenden Landtages gab? Wer stenografiert die Reden? Wo übernachten die auswärtigen Abgeordneten, wo parken sie und die Gäste ihre Autos? Wenige Tage vor der ersten Sitzung musste

der Aufbaustab innerhalb des Schlosses umziehen, da die bisherigen Räume für die FDP-Fraktion vorgesehen waren. „Hinauf in den fünften Stock. Das war mühsam, aber wir hatten dort endlich einen Kopierer.“

Inhaltlich arbeitete der Aufbaustab erste Gesetze aus und plante minutiös den Verlauf der konstituierenden Sitzung. Er legte auch den Entwurf für ein Landesstatut vor, das bis zur Verabschiedung einer Landesverfassung die wichtigsten Befugnisse der staatlichen Gewalten regelte. Sofort nachdem der Landtag es am 26. Oktober gebilligt hatte, musste es veröffentlicht werden. Ein offizielles Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg-Vorpommern gab es noch nicht. Wie im Aufbaustab abgesprochen kam Irmela Grempler die ehrenvolle Aufgabe zu, das Statut am großen Tor des Gartenportals des Schlosses „zu verkün-

den“. „Da vollbrachte ich also Historisches – mit vier Reißzwecken.“ Parallel wurde das Statut noch in der Nacht per Post an die Kreisverwaltungen verschickt.

Landtagspräsident Rainer Prachtl lud den Aufbaustab nach der Sitzung am 27. Oktober in die Kantine ein und bedankte sich. „Der Direktor der Hamburger Bürgerschaft raunte mir währenddessen zu: Frau Grempler, Sie wissen gar nicht, was alles hätte schiefgehen können.“ Zum Glück war das nicht passiert. Rückblickend fragt sie sich manchmal, wie sie die Herausforderungen des Jahres 1990 meistern konnte. „Es sind einem wahrscheinlich Kräfte zugewachsen, die bis dahin geschlummert haben. Das Bewußtsein etwas Neues aufzubauen hat uns motiviert.“ Das Gebäude der SED-Bezirks-Parteihochschule steht übrigens seit Jahren leer und verfällt.

Andreas Frost

Chronologie 1990

1.9. Katrin Krabbe aus Neubrandenburg gewinnt mit der 4 x 100 Meter Staffel ihr drittes Gold bei der Europameisterschaft der Leichtathleten in Split.

6.9. Für die Wahl des Landtages am 14. Oktober werden 15 Landeslisten mit 430 Kandidaten zugelassen

10.9. Die Aktionsgemeinschaft Mündige Bürger hat nach eigenen Angaben 40.000 Unterschriften für einen Volksentscheid über Landeshauptstadt-Frage gesammelt.

12.9. In Moskau wird der sogenannte Zwei-plus-Vier-Vertrag zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Welt-

kriegs, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet.

14.9. Ministerpräsident Lothar de Maizière entzieht Innenminister Peter Michael Diestel die Zuständigkeit für die Auflösung der Stasi.

17.9. 2.200 Arbeiter auf der Peenerwerft in Wolgast gehen in Kurzarbeit, nachdem DDR-Abrüstungsminister Rainer Eppelmann den Auftrag für sieben Patrouillenboote gekündigt hatte.

20.9. Sowohl die Volkskammer als auch der Bundestag stimmen dem Einigungsvertrag zu.

20.9. Die Stadtvertretung Schönbergs fordert, die von der benachbarten

Sondermülldeponie ausgehenden Umweltgefahren umfangreich zu untersuchen.

24.9. Der Austritt der Nationalen Volksarmee der DDR aus dem Warschauer Vertrag wird offiziell in Berlin besiegelt.

27.9. Die SPD der DDR und der Bundesrepublik schließen sich zu einer Partei zusammen.

30.9. Nachdem die Volkskammer eine Teilamnestie beschlossen hat, werden die ersten Häftlinge aus den DDR-Gefängnissen entlassen. Vorher war es in einigen Haftanstalten zu Revolten gekommen.



Antonio Vivaldis Melodien brachte das „Orchester für Alte Musik“ auf die Bühne.

Foto: Hanseatische Eventagentur Rostock



Magier Till Frömmel verzauberte nicht nur die Kleinen Gäste.

aufgeSCHLOSSen

Ein bunter Sommer im Innenhof des Schweriner Schlosses

■ Diese Premiere ist geglückt. Zum ersten Mal war der Innenhof des Schweriner Schlosses mit der Reihe „aufgeSCHLOSSen“ unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Birgit Hesse den ganzen Sommer lang für kulturelle Veranstaltungen geöffnet. Mehr als 5000 Gäste besuchten einen bunten Mix von Puppentheater über Klassik bis hin zu Metal. Und das Beste ist, es geht noch weiter.

„Wir wollten denjenigen eine Bühne geben, die schon so lange auf Auftritte verzichten mussten. Ich bin begeistert davon, wie gut die Bühne in unserem Innenhof ankommt.“, so Landtagspräsidentin Birgit Hesse. Weitere ganz unterschiedliche Veranstaltungen wie beispielsweise ein Poetry Slam, Kinovorführungen oder auch Konzerte und Kabarett-Formate sind bis Ende September geplant.



Die Metalbands „Full Assault“ und „Vae Victis“ rockten den Innenhof. Fotos: Landtag MV



Die Band „Miller Family“ genoss die Atmosphäre des Innenhofes. Foto: Hanseatische Eventagentur Rostock



Mit dem Titel „Als ich fortging“ sorgte die DDR-Band „Karusell“ für einen Gänsehautmoment.

Foto: Hanseatische Eventagentur Rostock

Foto: Cornelius Kettler



Die Band „Rosie“ spielte alle großen Hits der Band „AC/DC“.



Klassische Klänge lieferte das Streichquartett Thomas Probst.

Foto: Hanseatische Eventagentur Rostock

Der Innenhof des Schweriner Schlosses bleibt aufgeSCHLOSSen für noch mehr Kultur

Foto: Cornelius Kettler



Bis Ende September wird im Innenhof ein abwechslungsreiches Programm geboten.

2020	Beginn	
25.09.	20 Uhr	MADAM
26.09.	20 Uhr	Poetry Slam
27.09.	20 Uhr	Mark Benecke

Weitere Termine und aktuelle Informationen finden sie auf www.landtag-mv.de.



Foto: Cornelius Kettler

◀ Gemeinsam mit Lars Schwarz, dem Präsidenten des DEHOGA e.V. und Wirtschaftsminister Harry Glawe stellte Landtagspräsidentin Birgit Hesse in ihrer Funktion als Präsidentin des Landestourismusverbandes am 31. August die aktuellen Zahlen der Tourismusbranche vor. Demnach sind die Gäste- und Übernachtungszahlen trotz guter Buchungslage seit Ende Juni unter dem Vorjahresniveau. Laut aktuellen Zahlen des Statistischen Amtes haben von Januar bis Juni dieses Jahres knapp zwei Millionen Gäste rund 7,9 Millionen Übernachtungen in den größeren gewerblichen Tourismusbetrieben des Landes verbracht – das sind etwa 1,6 Millionen Gästekünfte (-46 Prozent) und 5,6 Millionen Übernachtungen (-42 Prozent) weniger als im Vorjahreszeitraum. „Die Tourismusbranche hat den Praxistest bestanden. Nach intensiver Vorbereitung und Anpassung an die neuen Bedingungen ist die Saison im Großen und Ganzen gut verlaufen. Die Unternehmen konnten sich teilweise konsolidieren, und bis heute rührt kein Ausbruchsgeschehen aus dem MV-Tourismus. Das ist ein Erfolg in einer weiter herausfordernden Zeit.“, so die Präsidentin des Tourismusverbandes, Birgit Hesse.

Am 29. August anlässlich der Internationalen Fledermausnacht, Batnight, untersuchten das NABU-Team sowie interessierte Gäste das Fledermausvorkommen rund um das Schweriner Schloss. Von September bis Oktober ist ein Monitoring der Fledermäuse geplant. Dazu werden wöchentlich Netze in der Grotte aufgebaut, um Fledermäuse zu fangen, zu bestimmen und für die weitere Erfassung zu beringen. Zur Batnight wurden am Schloss unter anderem Rauhautfledermäuse, Wasserfledermäuse, wie auf dem Foto, und Zwergfledermäuse geortet.

Am 19. September verlieh Landtagspräsidentin Birgit Hesse den Preis, JUNIOR:Ing, an Jannis Klatt (r.) und Felix Meyer (l.), zwei Schüler des Güstrower John-Brinkmann-Gymnasiums. Sie haben einen Kreislauf entwickelt, der mithilfe von Wasserstoff die Emissionen im Schiffsverkehr drastisch reduzieren könnte. Zudem würdigte Birgit Hesse Bauingenieur Reyk Höhne, der mit Hingabe die Sanierung des Gebäudes des Theater Putbus vorangetrieben hat. Unter anderem brachte er ein Comic auf den Weg, das die Geschichte des Putbusser Theaters erzählt - um die junge Generation zu erreichen und bestenfalls auch für das Theater zu gewinnen.



Foto: Gerhard Maescher/NABU



Fotos: Landtag MV

